

# Gewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: E. Dittmer  
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42  
 Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 9. April 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Bezugspreis:  
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## An alle Gewerkschaftsmitglieder! Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Am 13. März habt ihr Hitler geschlagen.

Ihr habt die erste Schlacht gewonnen. Jetzt gilt es, euren Sieg auszunützen. Die Reihen eurer Feinde sind erschüttert. Sie müssen zum zweiten Male und noch vernichtender geschlagen werden.

Keiner darf am 10. April an der Wahlurne fehlen. Wer sich der Stimme enthält, ist fahnenflüchtig. Wer jetzt noch seine Stimme Thälmann gibt, ist ein politischer Narr. Wer für Hitler stimmt, schmiedet sich und euch neue Ketten.

**Jede Stimme für Hindenburg ist ein Hammerschlag gegen die Feinde eurer Freiheit!**

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (Leipart)      Allgemeiner freier Angestelltenbund (Aufhäuser)  
 Allgemeiner Deutscher Beamtenbund (Falkenberg)

## Vor dem zweiten Wahlgang



leichtsinnig, von welchem Standpunkte aus an die Betrachtung des Wahlergebnisses vom 13. März herangegangen werden mag, selbst der fanatischste Nazianhänger wird nicht mehr bestreiten können, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes die faschistischen Diktaturgelüste des aus Braunau in Oesterreich nach Deutschland importierten und von Klagges in Braunschweig zum Regierungsrat gemachten Adolf Hitler entschieden ablehnt.

Was ist von den nationalsozialistischen Großsprecheren übriggeblieben? „15—18 Millionen Stimmen für Hitler“ prophezeite Goebbels am 22. Februar 1932 im Berliner Sportpalast. Noch am Wahltage selbst schrieb der „Völkische Beobachter“: „Hindenburgs Aussichten, am 13. März als Gegenkandidat gegen die deutsche Freiheitsbewegung gewählt zu werden, sind durch die Kandidatur Hitlers auf den Nullpunkt gesunken.“ Hitler erklärte vor der Wahl: „Er könne nicht weniger als 12 Millionen Stimmen erhalten und Hindenburg nicht mehr als 12 Millionen.“ Nun, Hitler hat doch weniger als 12 Millionen Stimmen erhalten, nämlich nur 11,3 Millionen, Hindenburg dagegen 18,6 Millionen, womit Hindenburg dem Kandidaten des Hakenkreuzes gegenüber den gewaltigen und nicht mehr einzuholenden Vorsprung von 7,3 Millionen Stimmen hat. Eine Handvoll Stimmen mehr, und das Unerwartete wäre eingetreten, Hindenburg wäre bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit durchs Ziel gegangen. Mit welchem Recht behaupten die Nationalsozialisten, die Mehrheit des deutschen Volkes stünde hinter ihnen? Das Wahlergebnis vom 13. März tragt diese prahlerische Behauptung unwiderleglich und ein für allemal Lügen! Von den abgegebenen Stimmen hat Hitler nicht einmal ein Drittel erhalten, und von den rund 44 Millionen Wahlberechtigten hat

sich nur ein starkes Viertel zur Fahne Adolf Hitlers bekannt. Da fehlt noch viel zu einer Mehrheit, und deshalb konnten die nationalsozialistischen Putschstrategen in der Wahlnacht des 13. März den Befehl zu dem vorbereiteten und erträumten Marsch auf Berlin, den sie unter dem pugigen Stichwort: „Großmutter gestorben. Maz“ erteilen wollten, nicht ausgeben.

Der nationalsozialistische „Maz“ — warum übrigens nicht Adolf —, der auf den Tod der Großmutter lauert, wird noch manche Enttäuschung erleben. Einstweilen hat der preußische Innenminister Severing mit starker Faust in dieses Schwörernest gegriffen. Nach unserer Auffassung die einzige Sprache, die diesem politischen Banditentum gegenüber angemessen ist und von ihm auch verstanden wird. Dabei verlangen wir, daß endlich auch der Reichsinnenminister sich darauf besinnt, daß die Duldung der braunen Armee, der „rauhem Kämpfer“ des Herrn Hitler, weder der Stärkung der Autorität einer verfassungstreuen Reichsregierung förderlich ist, noch als Korrelat eines bürgerlichen Rechtsstaates hingenommen werden kann. Mit dem gemeingefährlichen Unfug dieser Privatarmee, der zu einer Verwilderung des politischen Lebens führt, wie wir es seit langem erleben, muß endlich Schluß gemacht werden! Packen Sie zu, Herr Groener, im Namen der republikanischen Mehrheit des deutschen Volkes, im Interesse des Ansehens des deutschen Namens in der zivilisierten Welt!

Die Bombe der Wahlentscheidung vom 13. März hat auch im Lager der sogenannten „Harzburger Front“ eine heftige Sprengwirkung hervorgerufen. Eigentlich war diese Front, trotz der kaum ein paar Monate alten feierlichen Schwüre und theatralischen Deklamationen, schon auseinandergefallen, noch bevor die Schlacht begann. Die Leute, die sich anmaßen, das deutsche Volk regieren zu wollen, haben es nicht einmal

fertiggebracht, die verhältnismäßig einfache Frage der Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten in positivem Sinne zu lösen. Nach den Schlägen, die die Kandidaten der „Nationalen Opposition“ (Duesterberg und Hitler) gemeinsam bezogen haben, ist das Dölkchen sich nun erst recht in die Wolle geraten. Der „Stahlhelm“ muckt gegen die nationalsozialistischen Diktaturgelüste auf, und der geniale deutschnationale Schlachtenlenker Hugenberg spielt beim zweiten Gang der Reichspräsidentenwahl am 10. April nicht mehr mit. Herr Hugenberg hat die Ausichtslosigkeit des Kampfes gegen Hindenburg eingesehen; er hat den Degen eingesteckt, und er will ihn erst wieder am 24. April ziehen, wenn über das Schicksal Preußens entschieden wird. Doch darauf kann sich Herr Hugenberg schon heute gefaßt machen, auch am Tage der Preußenwahl (mag er sein aus dem Wahlkampf vom 13. März schartiges Schwert dann auch noch so wutentbrannt schwingen) wird die Eiserner Front ihn mit aller Wucht in die Pfanne hauen. Es ist durchaus richtig, was der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Hingmann in der Nr. 135 der „Deutschen Allg. Zeitung“ vom 20. März 1932 schrieb:

„Für die weitere innenpolitische Entwicklung aber bleibt das Entscheidende, daß man mit der Sozialdemokratischen Partei, genau so wie mit dem Zentrum, das seine Einheit auch in dieser Wahl erneut bewiesen hat, auch weiterhin als mit einem ganz homogenen und gegen alle Zerstörungsversuche von außen her gefestigten politischen Machtfaktor zu rechnen hat. Es wäre gut, wenn auch Herr Hitler und Herr Hugenberg, die Dorkämpfer gegen den „Marxismus“, sich diese Tatsache recht eindringlich vor Augen stellen, die Tatsache also, daß es allen ihren Bemühungen nicht gelungen ist, irgendwie in die Reihen der geschlossenen Sozialdemokratie einzubrechen, ja, daß ihre Methoden, soweit man sehen kann, die Festigkeit und Widerstandsfähigkeit der Sozialdemokratischen Partei eher erhöht als geschwächt, also einen Mißerfolg erlitten haben.“

## Die neuen Wahlkämpfe um die Landesparlamente

Während die Reichspräsidentenwahl eben erst zum Abschluß kommt, müssen wir schon wieder daran denken, daß in wenigen Wochen, am 24. April 1932, die Wahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg vor sich gehen. Es gilt deshalb für unsere Kollegenschaft, die wenigen Tage auszunützen zur Aufklärung und Wahlpropaganda. Denn viel, um nicht zu sagen alles, steht auf dem Spiel. Preußen, das allein durch seine Größe drei Fünftel des Reichs umfaßt, bedeutet mit seinem Verwaltungsapparat den stärksten Machtfaktor in Deutschland. Preußen war bislang das Bollwerk der demokratischen Republik und muß es bleiben. In Preußen haben die Gewerkschafter Otto Braun und Karl Severing gute Arbeit geleistet, und niemand kann bestreiten, daß der „Marxismus“ zwar leider noch nicht durchgeführt werden konnte, wie es die Sozialdemokratie will und wie es Hugenberg und Hitler mit ihrem Schlagwort über das „System“ behaupten, aber Preußen hat doch bereits gezeigt, daß eine zielklare, fortschrittliche, soziale Politik auch heute schon möglich ist und daß eine feste Hand auch dem Hitler-Spuk zu Leibe gehen kann. Preußen ist die stärkste Waffe gegen den Faschismus.

Wenn man daran denkt, daß dieses gleiche Preußen in der Vorkriegszeit das reaktionärste Land Mitteleuropas war, daß hier Gefindeordnung und Kadavergehorsam die Parole bildeten, daß die Landarbeiter weder ein Koalitionsrecht noch einen geregelten Arbeitstag oder gar ein Tarifrecht hatten, so kommt einem so recht zum Bewußtsein, daß wir sozial und politisch in der Tat erheblich vorwärtsgekommen waren.

Wir waren auch wirtschaftlich bis zum Jahre 1929/30 enorm vorwärtsgekommen, und die Gesamtbevölkerung mußte anerkennen, daß in Preußens Regierung nicht nur alles blitzblank sauber ist, sondern daß auch verwal-

Darüber nachzudenken, soweit sie des Denkens überhaupt fähig und willens sind, wäre auch den Kommunisten sehr nützlich. Freilich, nach der neuesten Leistung des Zentralkomitees der KPD., das sich in seiner Entschließung über das Ergebnis des ersten Wahlganges der Präsidentenwahl selbst ohrfeigt, indem es feststellt, daß die ganze Arbeit der KPD. nur in Mängeln, Schwächen und Fehlern besteht, ist nicht anzunehmen, daß die Drahtzieher der KPD. aus ihrer wohlverdienten Niederlage am 13. März etwas gelernt haben. Die KPD. wird auch weiterhin Hindenburg gleich Hitler setzen und deshalb auch am 10. April durch ihren Zählmann-Thälmann, wie sich für einen unentwegten Bolschewisten nun einmal gehört, mit dummdreister Gönnermiene dem Faschisten Hitler die Steigbügel halten. Sie wird nach wie vor die Sozialdemokratie als den Hauptfeind begehren und auf die Gewerkschaften und die Betriebe ihre RGO-Agitationsfiliale loslassen. Jawohl, die KPD. wird ihre verbrecherischen und die Arbeiterinteressen schwer schädigenden Dummheiten solange fortsetzen, solange es in Deutschland Menschen gibt, die in ihrer Unwissenheit und Verblendung den in Moskau diktierten und auf die deutschen Verhältnisse wie die Faust aufs Auge passenden, aber von der KPD. gehorsam apportierten irrsinnigen Parolen Gefolgschaft leisten.

Wenn Hitler am 13. März geschlagen worden ist, so war das ein Erfolg der politischen Einsicht und der bewunderungswürdigen Disziplin der sozialdemokratischen Wählermassen. Dieser Erfolg muß ausgebaut werden zu einem vollständigen Siege über den Faschismus. Das ist die Aufgabe der nächsten Zeit. Dafür marschieren, arbeiten und schlagen wir erneut mit dem Einsatze unserer ganzen Kraft:

**Am 10. April wählen wir Hindenburg!**

A. Reifner.

tionstechnisch und kulturell vieles geschehen ist, was in der Vorkriegszeit vergeblich gefordert wurde.

Natürlich sind alle diese sozialen und wirtschaftlichen Verbesserungen auf Kosten der Besitzenden und der früheren Machthaber vor sich gegangen. Daher ihr Zorn, und darum haben sie es sich Millionen kosten lassen, um sich eine Prätorianergarde in den Hitler-Banden zu schaffen, die den Kampf mit Severing und Braun aufnehmen mußten.

Der Versuch Hitlers, auf „kaltem“ Wege über den Reichspräsidentenposten zum Ziel zu kommen, darf schon heute als gescheitert angesehen werden.

Nun kommt der zweite Dorstoß. Und wiederum haben die Schwerindustriellen ihre Lohnraubzüge aus den letzten Wochen und Monaten dazu benutzt, Millionenkapital bei Hitler anzulegen, um damit eine fette Dividende in der Zukunft herauszuholen. Gelingt diese Spekulation nicht — und diese Entscheidung wird in den Preußenwahlen zu fällen sein —, so wird Hitler nicht mehr in der Lage sein, seine Landsknechte weiterzubezahlen. Damit ist der Ansaß zum Verfall gegeben. Aber auch der rabiat und wildgewordene Mittelstand, worunter sich bekanntlich zahlreiche Beamte und Lehrer befinden, wird dann einsehen müssen, daß der Weg Hitlers uns nur ins Verderben führen kann.

Es ist daher Aufgabe gerade der freigewerkschaftlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter, in den nächsten Tagen und Wochen die Agitation in die weitesten Kreise zu tragen. Nützt jede Minute zur politischen und wirtschaftlichen Aufklärung aller derer, die noch unentschlossen sind! Sorgt dafür, daß wir die elementarsten Lebensrechte der deutschen Arbeitnehmerbewegung nicht verlieren!

Nicht nur in Preußen, in allen Ländern, in denen am 24. April gewählt wird, muß die Parole heißen: **Nieder mit Hitler! Wir kämpfen für Freiheit und Fortschritt im Sinne des Sozialismus!**

E. D.

## Die Eiserner Front ruft: Schlagt Hitler! Mehr Stimmen für Hindenburg!

Am 13. März brach der faschistische Generalangriff auf die Rechte des deutschen Volkes zusammen. Frauen und Männer der Eisernen Front! Vollendet den Sieg, den ihr erstritten! Niemand lasse sich durch die Behauptung beirren, der Wahlgang am 10. April habe nur formale Bedeutung. Der 13. März brachte die Niederlage Hitlers. Der 10. April muß mit der Wahl Hindenburgs den Zusammenbruch der nationalsozialistischen Bewegung herbeiführen.

Schlagt Hitler! Mehr Stimmen für Hindenburg! Das ist die Parole für den 10. April! Kehrt mit eisernem Besen Deutschland rein von Bürgerkriegsbanden und Beutepolitikern. Einem Gewitter gleich muß der 10. April die politische Atmosphäre Deutschlands reinigen von allen Drohungen mit Gewalt und Bürgerkrieg. Fort mit der Privatarmee eines Abenteurers! Jede Stimme für Hindenburg ist eine Stimme für die Auflösung der SA!

Innerpolitische Stabilität ist die erste Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands. Nur ein Deutschland, das frei ist vom Hitler-Fieber, kann die Kraft entwickeln, die zur Überwindung der Arbeitslosigkeit erforderlich ist. — Hitler heißt Inflation! Hitler heißt Beseitigung der sozialen Einrichtungen! Hitler heißt Preisgabe der Arbeitslosen, Arbeitsinvaliden und Kriegsoffer! Hitler heißt Krieg, Hunger, Not und Elend für das deutsche Volk!

Kämpfer der Eisernen Front! Geht hinaus aufs flache Land! Sagt den Bauern, daß es Wahnsinn ist, wenn sie noch länger Politik gegen ihre Kundschaft in den Städten treiben. Kein Zoll- und Steuerzauber kann die Wirkungen sinkender Kaufkraft aufheben. Arbeiter in Not, bringt den Bauern wirtschaftlichen Tod!

Die breiten Verbrauchermassen der Städte sind die natürlichen politischen Bundesgenossen der Bauern. Allein das Bündnis zwischen den Arbeitenden in Stadt und Land gibt die politische Macht, die ein neues Deutschland zu schaffen vermag. Ein Deutschland ohne Hunger und Not, ein Deutschland der nughbringenden Arbeit für alle, für den Bauern und für den Arbeiter.

Die Geschichte wird ein hartes Urteil über alle fällen, die trotz der Lehren des 13. März töricht genug sind, auch am 10. April noch für Hitler und seine Bürgerkriegsarmee zu stimmen. Beamte, Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe, macht Schluß mit dem frevelhaften Spiel, das mit eurer eigenen Existenz und dem Schicksal des deutschen Volkes getrieben wird! Wer Hitler oder Thälmann wählt, gefährdet seine und seiner Familie Zukunft. Hütet euch, das kostbare Gut der politischen, staatsbürgerlichen Freiheit preiszugeben.

Thälmann ist diesmal nicht nur Moskaus Zählmann. Jede Thälmann-Stimme am 10. April ist eine Hitler-Stimme. Wer Hitler schlagen will, wählt Hindenburg. — Der 10. April ist zugleich eine Vorentscheidung für die Landeswahlen am 24. April.

Frauen und Männer der Eisernen Front! Diel wird von euch gefordert! Wochen der Opfer und Kämpfe liegen hinter euch — neue Wochen noch schwererer Kämpfe stehen euch bevor! Es geht um Großes! Kämpft weiter! Vorwärts zum neuen Angriff auf der ganzen Linie! Keine Ruhe dem geschlagenen Gegner! Am 10. April muß sich Hitler noch einmal stellen, um noch einmal geschlagen zu werden. Mehr Stimmen für Hindenburg — das ist Hitlers politischer Tod. Vorwärts für Volksrechte gegen Diktatur!

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front.

## Erhaltet die Schutzwälle gegen Unternehmerwillkür

Gewerkschaften sind nötig, bitter nötig. Wo wären wir in dieser Zeit der Wirtschaftsnot hingekommen, wenn die Unternehmer ohne jede Hemmung könnten, wie sie gern möchten. Ohne dem Schutzwall der Gewerkschaften hätten die Fluten der Unternehmerwünsche längst alle Arbeiterschutzbestimmungen überspült. Von unabdingbaren Tarifbestimmungen könnte nicht mehr gesprochen werden.

Herr Direktor Wittke hat auf der Dresdner Tagung der sächsischen Industriellen, am 15. März 1932, über seine Lippen fließen lassen, was das Herz voll war. Aufhebung der Tarifverträge und Abbau der Arbeitslosenfürsorge, das war seine Parole. Er forderte Lösung von allen Bindungen. Die freie ungehinderte Wirtschaft soll das Ziel sein. Nichts erschrecken die Unternehmer stärker, als die Rückkehr des rücksichtslosen Herren im eigenen Hause. Was kümmert den in Gewinnprozenten denkenden Unternehmer der Mensch im Arbeiter. Pferdestärken, Maschinenkräfte und fleißige, arbeitsbereite Hände braucht die seelenlose Industrie. Wie schön wäre es für die Unternehmer, wenn endlich Schluß gemacht würde mit dem ganzen „Getue“ der Betriebsräte, mit den Arbeiterrechten, die nur Geld kosten, und mit der Sozialversicherung, die zur Faulheit erzieht. — Da hat irgendwo ein ungenannter Arbeitsloser — bestellt oder unbestellt — eine Broschüre geschrieben, die sich mit der Rettung Deutschlands befaßt. „Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ ist über diese Broschüre, die wir sonderbarer Weise im Buchhandel nicht bekommen konnten, so erfreut, daß sie sich förmlich überschlägt. Zunächst, so sagt sie, habe sie mit dem üblichen Mißtrauen das Schriftchen des Arbeitslosen zur Hand genommen. Aber je mehr sich die Unternehmerredakteure in die stilistisch zwar nicht geschliffenen, aber mit dem Stempel innerer Ueberzeugung geschriebenen Seiten des Verfassers hineingeselzen hätten, um so größer sei die Unternehmerfreude geworden. Ein nachdenklicher Kopf habe Ueberlegungen zu Papier gebracht, die der breitesten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müßten. Wir sind leider nicht in der Lage, aus der Broschüre selbst zu zitieren. Aber was „Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ davon zum Abdruck bringt, genügt vollkommen, um zu zeigen, was deutschen Unternehmern Freude machen kann. Der angebliche Arbeitslose schreibt:

„Mindestens 15 Millionen Deutsche sind die Opfer einer verfehlten sozialen Wirtschaftspolitik.“ Alles sei zu feige, um die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Man ginge immer um den heißen Brei herum, wie die Kägen, um ja nicht die Parteigenossen und Organisationsmitglieder vor den Kopf zu stoßen. Man (die Gewerkschaften natürlich) tue nur so, als ob man helfen wollte. In Wirklichkeit sei das Schicksal der Arbeitslosen den Gewerkschaften ganz gleichgültig. Die Gewerkschaftsbürokratie habe das Elend der Erwerbslosen auf dem Gewissen. Je mehr ein Gewerkschaftsführer bei Lohnkämpfen heraushole, desto gefestigter sei seine Stellung. Dabei sei es den Gewerkschaften gleichgültig, ob die Wirtschaft die erhöhten Löhne mit weiteren Mechanisierungen und weiteren Entlassungen beantworten müsse...

„Wir Arbeitslosen“ (so sagt der Verfasser), „die wir seit Jahr und Tag hungern, wir pfeifen auf eure Tarife und auf eure Wohlfahrtsseinrichtungen. Euer ganzes Tarifgebäude ist ein einziges Lügengewebe.“ „... Wir wollen unsere volle Handlungsfreiheit und unser Selbstbestimmungsrecht wiederhaben und nicht länger Sklaven der Gewerkschaftsbürokratie sein.“ „... Weg mit den ungesunden Tarifbindungen, her mit der Arbeitsfreiheit für jedermann. Wir Arbeitslosen pfeifen auf euren erlogenen Kollektivismus.“ „... Wir wollen endlich wieder mit den Arbeitgebern der Betriebe selbst über unsere Arbeitsbedingungen verhandeln. Wir wollen wieder Arbeit haben...“ — Mit sichtbarem Wohlbehagen hebt „Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ insbesondere die letzten Sätze im Sperrdruck hervor. — Zum Glück wachsen die Bäume der Unternehmer auch in dieser Krisenzeit nicht in den Himmel. Ein großer und entschiedener Teil der deutschen Arbeiterschaft weiß, was er von der sogenannten freien, ungehemmten Wirtschaft zu erwarten hat.

Wer nicht Ausbeutungsobjekt hemmungsloser Unternehmerwillkür sein will, muß sich einreihen in die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Es gibt gegen die Wünsche und Maßnahmen der Unternehmer nur einen Schutz, das ist die Organisation.

Erhaltet deshalb die Schutzwälle gegen Unternehmerwillkür. Werbt für den Gesamt-Verband.

O. Kurpat.



## Tagung des IGB. in Bern

Der IGB. hielt am 16. und 18. März seine jährliche Ausschußsitzung in Bern ab, und dies führte uns in die vom Zusammenbruch der Weltwirtschaft noch verhältnismäßig wenig berührte Schweiz. Solche Gelegenheiten können zu gegenseitigen Informationen ausgenutzt werden — also mußten wir vor den Basler Verbandskollegen und Parteigenossen im Volkshaus über „Die Lage der deutschen Arbeiterschaft“ referieren. Dafür ließen wir uns die Verhältnisse des Basler Personals der öffentlichen Dienste auseinandersetzen. Für Einzelheiten fehlt hier der Platz, deshalb sei nur wiedergegeben, was wir den beneidenswerten Basler Kollegen antworten mußten: Wir haben auf Grund der Revolution die Republik in Deutschland mit der neuen Geltung der Arbeiterschaft im Staat und deshalb die sozialste Gesetzgebung und die sozialsten Einrichtungen der Welt, an die auch die Schweiz nicht heranreicht. Aber wir haben den Krieg verloren, an dem die Schweiz verdient hat, wir haben die unheilvollen Auswirkungen des Versailler Vertrags, und leiden daher doppelt unter der Weltwirtschaftskrise.

Der nächste Morgen brachte uns in der internationalen Schweiz in die internationalste Gesellschaft, die denkbar ist: zur Ausschußsitzung des IGB. Aber das Problem, das auf den Vertretern aus allen Ländern zentnerschwer lastete, war das gleiche — die Krise, die furchtbare Arbeitslosigkeit. So wurde es zum Hauptthema der Verhandlungen. Neben mir saß auf der einen Seite Santiago von Spanien. Gewiß, ihre Republik scheint nun gefestigt, trotz Reaktion und anarcho-syndikalistischer Tollheit. Der Spanier gibt mir die Texte der neuen Arbeitsgesetze, über das Tarifwesen und über die Betriebsräte, die nach deutschem Muster geschaffen worden sind. Er berichtet mit Genugtuung, daß im letzten Jahr die Zahl ihrer Mitglieder von 300 000 auf eine Million gestiegen ist — aber die wirtschaftliche Not und Arbeitslosigkeit würgt auch sie am Hals. Der Nachbar auf der anderen Seite ist ein Vertreter des englischen Gewerkschaftsbundes. Ja, so antwortet er, der Aufschwung nach dem Fall des Pfundes ist schon wieder vorbei, die Arbeitslosigkeit steigt und steigt. Gegenüber sitzen Belgier. „Der Kapitalismus hat furchtbar versagt“, so meinen sie. „Arbeits-

beschaffung durch die öffentliche Hand ist notwendig, Umbau und eine staatliche Wirtschaft. Wir haben einen solchen Plan dem Parlament vorgelegt.“

Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Arbeiten, diesen Gedanken behandelte in seiner lebendigen und eindrucksvollen französischen Art Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in seiner Begrüßungsansprache, nachdem der Sekretär der Zweiten Internationale, Friedrich Adler, gesprochen hatte. Auch Adler konnte nicht anders als von der Krise reden. Er wies auf ihre politischen Auswirkungen hin, auf die Welle des Nationalsozialismus, die aber gerade die deutsche Arbeiterschaft in so bewundernswerter Weise bei der Reichspräsidentenwahl wohl zum Stillstand gebracht habe. In Deutschland gehe es um die Demokratie Europas, darum müßte diesem geprüften Land von den andern geholfen werden, wie die Internationale es fordert. Leiparts Vortrag, der das Hauptreferat zu diesem Wirtschaftsproblem darstellte, war eine gedrängte Analyse der Situation und eine Darlegung der Forderungen des IGB. zur Behebung der Krise: Durchführung der 40-Stunden-Woche, Arbeitsbeschaffung. Da die Selbstheilungskräfte des Kapitalismus in dieser Krise versagen, kann nur eine planmäßige Bewirtschaftung der produktiven Kräfte die Krise überwinden. Nach einer intensiven und außerordentlich hochstehenden Debatte wurde die Resolution Leiparts angenommen. Beschlossen wurde noch, eine Tagung der Landeszentralen zur Behandlung der Weltwirtschaftskrise nach Genf am 16. und 17. April einzuberufen. Bei der Behandlung der Frage einer Aktion gegen den Transport von Kriegsmaterial wurde die Einsetzung einer Antikriegskommission beschlossen. — Ein Bestandteil dieser IGB.-Ausschußtagung war die Konferenz der Berufsinternationalen. Zur Debatte stand die Frage, ob die Berufsinternationalen stärker als seither in den IGB. eingebaut werden sollen. Diese Forderung erhebt insbesondere die Transportarbeiterinternationalen. Sie drang aber nicht durch. Von den anwesenden Berufsinternationalen stimmten 16 für, 7 gegen die Beibehaltung des jetzigen Zustandes.

V. H.

## Zusammenbruch der Schifffahrt

Die Hilfsaktion der Regierung für die deutsche Seeschifffahrt hat erneut die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Lage der Seeschifffahrt gelenkt. Als Hilfsorgan von Industrie und Handel ist die Schifffahrt mit dem Auf und Ab der Wirtschaft eng verbunden. Zuerst drückt sich die Wirkung der Wirtschaftskrise freilich nur in den rückläufigen Erträgen der Gesellschaften aus, nimmt jedoch die Krise einen Umfang an wie die gegenwärtige, dann kommt es zur Stilllegung von Schiffen. Zu dieser Flucht aus der Verlustbringender Tätigkeit entschließt sich eine Reederei immer nur schweren Herzens, weil sie befürchten muß, Kundschaft auf die Dauer zu verlieren. Stillliegende Tonnage ist deshalb stets ein Zeichen großer Krisen, wenn auch nicht vergessen werden darf, daß das riesige Ueberangebot von Tonnage dies mal schon recht frühzeitig zum Auslegen großen Schiffsraumes zwang. So lagen bereits 1928, also im Jahr der Hochkonjunktur, in der ganzen Welt 4,4 Millionen Tonnen auf, 1929 waren es knapp 4,0 Millionen Tonnen und 1930 gar nur 3,2 Millionen Tonnen.

Dieser Rückgang steht im Widerspruch zur Wirtschaftsentwicklung. Der Widerspruch löst sich durch die in diesen Jahren von den Vereinigten Staaten vorgenommenen starken Verschrottung (rund 1 Millionen Tonnen). Im Jahre 1931 schnellte die stillgelegte Tonnage von 3,2 auf 8,7 und 1932 auf 11,4 Millionen Tonnen. Dabei handelt es sich meistens um die Zahlen vom Jahresanfang. Eine Ausnahme macht Frankreich, das mit 566 000 Tonnen vom 15. November 1931 eingesetzt ist, eine Zahl, die bereits am 15. Januar 1932 auf 743 000 Tonnen gestiegen war. Nicht enthalten ist in der Gesamtzahl die norwegische Walfängerflotte mit 282 000 Tonnen, die fast ganz aufliegt und um die sich die für Norwegen mit 915 000 Tonnen angegebene stillliegende Tonnage erhöht (1928: 93 000 Tonnen). In den Vereinigten Staaten lagen 1928 rund 3,0 Millionen Tonnen auf, 1932 waren es etwa 30 000 Tonnen mehr. Bemerkenswert ist aber, daß daran die sehr stark subventionierte Privatschifffahrt 1928 mit 544 000 Tonnen, 1932 jedoch mit 1,65 Millionen Tonnen beteiligt war, das Shipping Board 1928 mit 2,4 und 1932 mit 1,4 Millionen Tonnen. In den Zahlen des Shipping Board drückt sich die Wirkung der starken Verschrottung aus. Die starke Steigerung

der stillgelegten Privattonnage beweist, daß selbst hunderte Millionen verlorener Staatszuschüsse schließlich nicht fehlende Fracht und Passage ersetzen können. Das beweisen auch die schon erwähnten Zahlen Frankreichs (1928: 80 000 Tonnen). Auch die italienische Schifffahrt wird sehr stark subventioniert. Noch vor kurzem prahlte der Faschismus, daß Italien weniger Schiffsraum stillgelegt hätte als Deutschland. Das stimmte schon damals nicht, nach der nur vorliegenden Gesamtstatistik kann von einer besseren Lage der faschistischen Flotte im Gegensatz zur deutschen erst recht keine Rede mehr sein. In Italien lagen in den Jahren 1928 bis 1932 still: 276 000, 261 000, 180 000, 653 000 und 807 000 Tonnen, in Deutschland war in den ersten beiden Jahren kein Schiff aufgelegt, 1930 nur 8000 Tonnen und in den beiden folgenden Jahren 484 000 und 790 000 Tonnen. Gegenüber dem stark subventionierten Ausland hat sich die deutsche Flotte bis zum letzten Jahr ziemlich gut gehalten. In Großbritannien und Irland lagen 1928 539 000 Tonnen still und 1932 2,9 Millionen Tonnen, in Holland 16 000 und 595 000 Tonnen, in Japan 85 000 und 352 000 Tonnen, im ähnlichen Verhältnis stieg die Zahl der aufgelegten Tonnage in allen anderen Schifffahrtsländern. — Heute sind diese Zahlen schon wieder bedeutend überholt. In Deutschland lagen am 1. Februar 1,17 Millionen Tonnen auf, in Holland 790 000 Tonnen, in Norwegen 1,6 Millionen Tonnen usw.

Der „Wirtschaftsdienst“ sagt, daß der Rückgang des Welt-handels zweifellos stärker war als in den Zahlen der aufgelegten Tonnage zum Ausdruck kommt. Das liegt vor allem daran, daß die Linienreedereien mit ihrer Kundschaft meistens langfristige Frachtverträge schließen, so daß sie ihre Schiffe laufen lassen müssen, auch wenn es sich nicht mehr rentiert. Im Jahresdurchschnitt soll die deutsche Handelsflotte, d. h. die fahrende, nur zu gut 50 Proz. ausgenutzt worden sein, doch wird behauptet, daß die Ausnutzungsquote im letzten Viertel bereits auf 50 Proz. gesunken war. Die Garantie, die das Reich für die rund 100 Millionen Mark übernommen hat, womit die Hapag-Lloyd-Union nebst Anhängel wieder flottgemacht werden sollen, kann man begrüßen. Zu bedauern ist nur, daß sich das Reich keinen größeren Einfluß sicherte.

C. L.

# Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 15

Berlin, den 9. April 1932

3. Jahrgang

## Stellung und Aufgaben der öffentlichen Unternehmungen in der deutschen Wirtschaft der Gegenwart

Von Staatssekretär Dr. Hans Staudinger

### II. Die volkswirtschaftliche Funktion der öffentlichen Unternehmung.

**W**enn bisher versucht wurde zu zeigen, daß keiner der vielen Vorwürfe, die gegen die öffentliche Unternehmung erhoben werden, eine aus dem Wesen dieser Organisationsform fließende Berechtigung trägt, so sind damit doch noch keine entscheidende

Gesichtspunkte zugunsten der öffentlichen Unternehmung gewonnen. Der Erkenntnis, daß die öffentliche Hand wirtschaftlich nicht ungünstiger zu arbeiten braucht als die Privatbetriebe, muß für die grundsätzliche Rechtfertigung eines großzügigen Ausbaues der öffentlichen Wirtschaft durch den positiven Nachweis einer besonderen, von der privaten Wirtschaft nicht zu erfüllenden Funktion ergänzt werden. — Nicht in der Leistungsfähigkeit allein liegt die Existenzberechtigung der öffentlichen Wirtschaft, sondern in der Ausrichtung ihrer Wirtschaftstätigkeit auf die Allgemeinheit, in ihrer Gegenwirkung gegen die nun einmal naturnotwendig einseitigen Interessen des Privatunternehmens. Sowohl die vielfach verheerenden Folgen der „freien Konkurrenz“ als auch die Entwicklung der privaten Wirtschaft zu immer wachsender Konzentration der Unternehmungen und zunehmend monopolistischer Bindung der Produktion — übermäßige Kapitalanlagen, die nach erheblichen Kämpfen oft zur Kartell- und Syndikatsbildung führen und durch Preishochhaltung dann abgezahlt werden sollen — haben die öffentliche Wirtschaft als Gegenwirkung entstehen lassen. Zur Abwehr schädlicher Auswirkungen der herrschenden Wirtschaftsverfassung sind die öffentlichen Körperschaften als Vertreter der Allgemeinheit zu eigener Unternehmertätigkeit übergegangen, um volkswirtschaftlich rationalisierend zu wirken, indem sie vor allem unvermeidliche Monopole in die öffentliche Hand überführten und private Monopolbildung durch aktive Beteiligung im Interesse der Gesamtheit zu beeinflussen suchten. Jedenfalls kann sich der Sinn aller öffentlichen Wirtschaft, mit oder ohne Monopol, nur darin erfüllen, im volkswirtschaftlichen Interesse zu wirken, d. h. unter sorgfältigster Abwägung von Leistungen und Preisen eine zunehmend bessere Versorgung der Allgemeinheit zu sichern. „Die öffentliche Wirtschaft erhält im Gegensatz zur Privatwirtschaft ihren inneren Antrieb vom Dienstwillen an der Gesamtheit.“

Dieser innere Antrieb macht auch erst den Plan sichtbar, nach dem die öffentlichen Betriebe allmählich entstanden sind. Wenn man von dem überkommenen staatlichen Besitz und von den durch die Kriegswirtschaft entstandenen Anlagen absteht, haben sich, wie oben gezeigt wurde, die öffentlichen Unternehmungen der Neuzeit unter ganz verschiedenen Motiven jeweils da herausgebildet, wo volkswirtschaftliche Allgemeininteressen eines aktiven Schutzes bedurften. Während bei der Uebernahme der Eisenbahnen und ganz ebenso bei der Beteiligung am Kohlenbergbau und an der Energieerzeugung im wesentlichen die Abwehr eines privaten Monopols als Triebkraft gewirkt hat, wurde der staatliche Eingriff in die haften-

politik hauptsächlich durch die Notwendigkeit bestimmt, auf diesem kapitalintensiven Gebiet eine volkswirtschaftlich schädliche, weil Kapital verschwendende Konkurrenz zu verhindern. Als volkswirtschaftliche Ergänzung der privaten Wirtschaftstätigkeit sind dagegen alle die Aufgaben zu bewerten, die die öffentliche Hand übernahm, weil ihre Durchführung, wie z. B. bei Kanalbauten oder im Kleinwohnungsbau, privatwirtschaftlich unrentabel war und außerdem, wie beim Sparkassenwesen, einer allgemeinen Vertrauensgrundlage bedurfte. Die Teilnahme an der neuen deutschen Erdölproduktion wiederum war vor allem durch das Bestreben veranlaßt, die künftige Gestaltung dieser Industrie auch von den allgemein-wirtschaftlichen Interessen aktiv mitbestimmen zu lassen, während der Eingriff in die landwirtschaftlichen Kreditverhältnisse dem Ziele einheitlicher Zusammenfassung im Dienste der Rationalisierung galt. — Wenn so die öffentliche Unternehmung selbst da, wo sie ganz als Erwerbsbetrieb aufgebaut ist, immer ein darüber hinausgehendes allgemeines Interesse verfolgt, so darf sie auch für die Beurteilung ihrer Wirtschaftlichkeit eine Berücksichtigung dieser Tatsache verlangen. Allerdings muß auch die öffentliche Unternehmung innerhalb ihres Betriebes den Grundsatz der Rentabilität streng beachten, denn sie hat wie jede andere Unternehmung volkswirtschaftliches Kapital zu verwahren. Die Rentabilität des Betriebes, d. h. die Erzielung eines wirtschaftlichen Erfolges in Form einer Rente, gibt da, wo keine Monopolbindung vorliegt, eine gewisse Gewähr dafür, daß keine Fehlleitung des Kapitals stattfindet. Die Rente ist grundsätzlich nach dem

\*\*\*\*\*  
\* **Wenn ich** \*  
\* **ein Vöglein wär' ...** \*  
\* Adolf Hitler zugeeignet. \*  
\* **Wenn ich ein Vöglein wär'** \*  
\* **Und auch zwei Flüglein hätt'** \*  
\* **Flög' ich zu dir!** \*  
\* **Flöge tagein — tagaus,** \*  
\* **Wis an dein „Braunes Haus“,** \*  
\* **Zu seh'n wie du schaut ans** \*  
\* **Zu Hauptquartier.** \*  
\* **Ungeacht Tür und Tor,** \*  
\* **Drängte ich mutig vor** \*  
\* **Zus Heiligtum.** \*  
\* **Dort, wo du eifrig sinust,** \*  
\* **Al' deine Pläne spinnst** \*  
\* **Und zählst den Gewinnst** \*  
\* **An Gold und Ruhm.** \*  
\* **Gleich flög' ich auf den Leim,** \*  
\* **Und niemals wieder heim.** \*  
\* **Pfiff täglich dir** \*  
\* **Ein, wärst du lieb und nett —** \*  
\* **Wenn ich ein Vöglein — hätt'** \*  
\* **Und auch sonst ungefähr** \*  
\* **So blöb' wie andre wär',** \*  
\* **Das glaube mir!** \*  
\* **Tut, ein Wacker** \*  
\*\*\*\*\*

Sinsfuß für langfristige Anlagen unter Berücksichtigung eines Risikozuschlages zu bestimmen. Diesen Zins in der heutigen Zeit zu ermitteln, ist außerordentlich schwierig. Man wird im allgemeinen sagen können, daß er sich unter dem zur Zeit geltenden Zinsfuß für langfristige Anlagen halten muß. Bei der Berechnung der Rente ist nicht das Nominalkapital — dessen Höhe mehr oder minder willkürlich ist, je nachdem, wie die Aktiven eingestellt sind — zugrunde zu legen, sondern das tatsächlich im Unternehmen arbeitende Kapital, das sich bei einer richtigen Bewertung der Aktiven ergibt. Der beste Anhalt für die Bewertung dürfte der Wiederbeschaffungspreis sein, wobei allerdings alle diejenigen Anlagen auszuschalten sind, die für den Betrieb nicht benötigt werden. Alle weiteren über die Reserven und Zinsbeträge hinausgehenden Ueberschüsse sind zur Verbilligung der Leistungen zu verwenden.

Ist so die Rentenerzielung auch in öffentlichen Erwerbsbetrieben nicht auszuschließen, so darf sie hier doch niemals zum Selbstzweck werden. Die öffentliche Unternehmung muß ihrem Wesen gemäß ihre Leistungen mit gesamtwirtschaftlichen Interessen verknüpfen und daher jederzeit in der Lage sein, wo es notwendig erscheint, diesem Interesse auch auf Kosten der Rente zu dienen.

Dies aber bedeutet, daß die Preispolitik der öffentlichen Unternehmung nicht ausschließlich nach einzelwirtschaftlichen Rentabilitäts Gesichtspunkten, sondern unter Einbeziehung gesamtwirtschaftlicher Erwägungen zu erfolgen hat. Die tatsächlichen Erfolge der öffentlichen Unternehmung bestehen neben ihren unmittelbaren Erträgen aus der Summe aller Vorteile, die durch ihre dem Allgemeininteresse dienenden Leistungen der übrigen Wirtschaft ermöglicht werden. Ist es demnach bei der öffentlichen Unternehmung grundsätzlich möglich, von der Erzielung einer angemessenen Rente zugunsten gesamtwirtschaftlicher Vorteile abzusehen, die zwar nicht in Geld zu berechnen sind, aber doch einen volkswirtschaftlichen Ertrag darstellen, so soll dies keineswegs bedeuten, daß das allgemeine Interesse stets den Verzicht auf eine Rente zugunsten niedriger Preisstellung verlange. Da die Abwägung jener indirekten, der Allgemeinheit zufließenden Vorteile meist sehr schwierig ist, wird man im Interesse richtiger Kapitalleitung grundsätzlich auch für die öffentliche Unternehmung eine angemessene Rente verlangen müssen, deren Fehlen durch eindeutig festgestellte Vorteile anderer Art gerechtfertigt werden muß.

In diesen Fällen gewinnt die Ueberwachung der Wirtschaftlichkeit der Unternehmung durch genaue Prüfung der Kostengestaltung eine besondere Bedeutung. Da sich die zulässige Höhe der Kosten nicht absolut, sondern nur durch Vergleich feststellen läßt, darf eine exakte Kostenbeurteilung nicht auf den Verhältnissen eines einzelnen Werkes aufbauen, sondern sie muß die Produktionsbedingungen anderer verwandter Betriebe mit möglichst denselben natürlichen und wirtschaftlichen Vorbedingungen zum Vergleich heranziehen. Solche vergleichsfähigen Werke sind gerade in der öffentlichen Wirtschaft, besonders unter den Versorgungsbetrieben, sehr zahlreich. Die Abwägung ihrer Kosten ist unter Berücksichtigung der Standorts- und anderer Verschiedenheiten durch geeignete Kontrollorgane, die mit der nötigen Autorität und Sachkenntnis ausgestattet sind, verhältnismäßig leicht durchzuführen. Eine zweckentsprechende Beurteilung setzt allerdings voraus, daß die Prüfung der Werke und die Auswertung der Resultate von einer einheitlichen Stelle aus erfolgen.

Die vergleichende Kostenprüfung ist bei den kommunalen Monopolbetrieben von besonderer Bedeutung, weil die Gemeinden, wie schon oben erwähnt, in vielen Fällen sich gezwungen sehen, die Monopolstellung der Betriebe zur Deckung ihres Finanzbedarfs auszunutzen. Abgesehen davon, daß diese Fiskalisierung der Preispolitik sich als Belastung des breiten Konsums auswirkt, ist sie auch für die einzelnen Werke wirtschaftlich bedenklich. Wenn man beispielsweise die Wirkungen überhöhter Preise beim Elektrizitätswerk verfolgt, so wird hier der Absatz des Werkes nicht nur durch Konsumrückgang geschmälert, sondern auch durch Entstehung neuer Konkurrenz, indem private Industrien sich veranlaßt sehen, eigene Zentralkraft zu errichten, sobald deren Betriebskosten geringer sind als der Bezugspreis des kommunalen Stromes. So verursacht hier die fiskalische Preisgestaltung neben der allgemeinen Konsumbelastung auch eine falsche Kapitalinvestition und damit eine volkswirtschaftlich nicht zu verantwortende Allgemeinbelastung. Immerhin kommt im Unterschied zu der Monopolpreispolitik der privaten Wirtschaft der Ertrag auch aus solchen Preiserhöhungen kommunaler Werke in irgendeiner Form der gesamten Bevölkerung wieder zugute, es sei denn, daß die öffentlichen Unternehmungen aus diesen Ueberschüssen in der Form von Selbstfinanzierung überflüssige Betriebserweiterungen vornehmen. In dieser Hinsicht sind in den letzten Jahren, ebenso wie in der privaten Wirtschaft, Fehler begangen worden. Wenn auch die Selbstfinanzierung unter gewissen Voraussetzungen vertretbar sein mag, so sollten doch die öffentlichen Betriebe sie möglichst vermeiden, weil der fehlende Zwang zur Verzinsung der selbstfinanzierten Neuanlagen oder Erweiterungen sehr leicht dazu verleitet, eine vorherige genaue Ertragsprüfung zu unterlassen. Ferner wird durch die Selbstfinanzierung der einzelnen Werke die öffentliche Hand an einer zweckentsprechenden Kapitalverteilung auf die Gesamtheit ihrer Betriebe verhindert.

Eine gewisse Reservebildung wird man allerdings den öffentlichen Unternehmungen zubilligen müssen, damit sie in der Lage sind, Schwankungen der Konjunktur aus eigener Kraft zu überwinden. In welcher Höhe eine solche Reservebildung gerechtfertigt ist, wird nur von Fall zu Fall beurteilt werden können. Abgesehen von der Konjunkturrempfindlichkeit der betreffenden Unternehmung wird die Reserve davon abhängen müssen, in welchem Grade die allgemeine Wirtschaftslage zu Schwankungen neigt.

In diesem Zusammenhang ist für die öffentlichen Betriebe eine größere Publizität dringend zu wünschen. Die Voraus-

setzung für ein allgemeines Vertrauen zur öffentlichen Betriebsführung wird in dem Maße geschaffen, als eine weitgehende Rechnungslegung vor aller Öffentlichkeit falsche Vorurteile und irreführende Gerüchte zerflört.

In der gleichen Richtung sachlicher Klärung wird es sich auswirken, wenn die öffentliche Wirtschaft sich neben der Größe ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe auch deren Grenzen bewußt bleibt. Nicht auf jedes Produktionsgebiet ist die öffentliche Unternehmung zu übertragen. Im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sollte sie sich vor allem auf diejenigen Gebiete konzentrieren, die durch ein natürliches oder rechtliches Monopol gebunden sind oder deren Produktions- und Absatzgestaltung im wesentlichen schematisiert und mit tarifähnlicher Preisbildung zu bewerkstelligen ist. Hinzutreten diejenigen Wirtschaftsbereiche, die, wie etwa das Kreditwesen, in besonderem Maße treuhänderische Verwaltung umschließen und in Ergänzung zu den Grundtendenzen der privaten Erwerbswirtschaft einer gesamtwirtschaftlichen Zielsetzung bedürfen. Hier liegen die eigentlichen Wirkungsmöglichkeiten der öffentlichen Unternehmung. Ueberall da jedoch, wo eine häufige Umstellung der Produktion, eine Rückfichtnahme auf den einzelnen Abnehmer erforderlich ist, wo der Absatz allzusehr den Schwankungen des Marktes unterliegt, fehlen innerhalb des jetzigen Wirtschaftssystems die Voraussetzungen für eine breitere, volkswirtschaftlich zweckmäßige Auswirkung.

Gerade eine solche Politik der weisen Selbstbeschränkung kann für einen Umschwung der wirtschaftspolitischen Anschauungen zugunsten der öffentlichen Unternehmung Wesentliches leisten. Es ist da erstaunlich, daß selbst heute noch, in einer Zeit gewaltiger Konzern- und Kartellbildung, die privaten Wirtschaftskreise sich nahezu geschlossen im Kampf gegen die öffentliche Unternehmung zusammenschließen, obwohl das Eigeninteresse der nicht kartellierten Unternehmergruppen sie im Kampf gegen die Uebermacht der gebundenen privaten Wirtschaft an die Seite der öffentlichen Wirtschaft drängen müßte. Gefühlsmäßige Gegnerschaft und falsche Vorstellungen über ihre Funktion und ihre Aufgaben in der nächsten Zukunft haben diese Stellungnahme der öffentlichen Unternehmung gegenüber beeinflusst. Daß öffentliche Wirtschaft gleichbedeutend mit sozialisierter Wirtschaft sei, daß sie in Bälde auch auf diejenigen Produktionszweige übergreifen könnte, in die sie bis heute noch nicht vorgeedrungen ist, das sind die Befürchtungen, die die Gesamtheit der privaten Unternehmer in der grundsätzlichen Ablehnung aller Wirtschaftsbeeinträchtigung der öffentlichen Hand vereinigen.

In Wahrheit hat sich die öffentliche Unternehmung ganz organisch in das herrschende kapitalistische Wirtschaftssystem eingefügt; sie hat weder das Privateigentum an den Produktionsmitteln als Grundlage der Wirtschaftsbeeinträchtigung angegriffen, noch die kapitalistische Wirtschaftsrechnung über den Haufen geworfen. Innerhalb des Rahmens der geltenden Produktionsverfassung sucht sie bestimmte Gefahren, die aus dem radikalen Erwerbsstreben der Privatwirtschaft, vor allem den zunehmenden Konzentrations-tendenzen erwachsen, im Interesse der Gesamtheit zu bekämpfen. Sie ist damit ein notwendiger Bestandteil des kapitalistischen Wirtschaftssystems im Zeitalter des Monopolkapitalismus geworden, gerade weil sie selbst großenteils Monopolwirtschaft ist. Aber sie kann, wenn sie ihrem Wesen treu bleibt, ihre Monopolmacht nur in den Dienst der ganzen Volkswirtschaft stellen. Nicht Sicherung von Gewinnen auf Kosten der übrigen Wirtschaftszweige, sondern Produktionssteigerung und -verbesserung bei Niedrighaltung der Preise zum Nutzen der Gesamtheit ist ihre Grundtendenz.

Wäre es daher für die freien Gruppen der Privatwirtschaft nicht endlich an der Zeit, eine ihren Interessen entsprechende Einstellung der öffentlichen Wirtschaft gegenüber zu finden? Angesichts der wachsenden Gefahr, daß die Monopolmacht von der Grundstoffproduktion aus die noch freien Teile der Wirtschaft ihrer Herrschaft unterwirft, indem sie deren Gewinnspielraum durch die Preisgestaltung immer mehr beschränkt, bestünde Anlaß genug, in der gegenwärtigen Notzeit zu überlegen, welche Gebiete heute bewußt einer rationell betriebenen öffentlichen Wirtschaft zu überlassen wären und auf welchen Gebieten umgekehrt auch heute noch der freien Konkurrenz privater Unternehmungen eindeutig der Vorzug zu geben ist. Nicht eine auf Mißverständnissen beruhende Kampfstellung, sondern gemeinsames Bemühen um eine sinnvolle Arbeitsteilung muß das Ziel dieser beiden, in der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus gleichberechtigten Unternehmungsformen sein.

## „Nationalisierung“ in den Gemeindeverwaltungen

Die bürgerliche Presse bringt eingehende Berichte über eine kommunalpolitische Aussprache, die auf Einladung des Langnamvereins im Stahlhof zu Düsseldorf stattfand und an der zahlreiche Stadtverordnete und andere kommunalpolitisch interessierte Persönlichkeiten der westdeutschen Wirtschaft teilnahmen. Die Tatsache, daß diese Aussprache unter dem Signum des Langnamvereins stattfand, kennzeichnet die Tendenz. Die Schlußfolgerungen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wie der „Deutschen Bergwerkszeitung“ gehen dahin, daß die öffentlichen Unternehmungen der Privatwirtschaft übergeben werden, daß die Gehälter der Gemeindebeamten und -angestellten und die Löhne der Arbeiter abgebaut werden müssen. Trotz der Erfahrung des Jahres 1931!

Die Stadt Oberhausen hat Dr. Eicke, Frankfurt a. M., beauftragt, einen Organisationsplan für die Stadtverwaltung Oberhausen auszuarbeiten. Dornweg sei bemerkt, daß Dr. Eicke bisher in der Kommunalpolitik und Kommunalwirtschaft durchaus unbekannt war. Vieles, was Dr. Eicke als Reorganisation von der Stadtverwaltung fordert, ist in zahlreichen Gemeinden schon zur Stunde durchgeführt. So zum Beispiel die Zentralisierung des gesamten Verrechnungswesens der Stadtverwaltung, die Mechanisierung des Verrechnungswesens, die Aufstellung klarer Haushaltspläne und monatliche Abschlässe. Ebenso die scharfe Trennung zwischen den eigentlichen Hoheitsverwaltungen und den städtischen Unternehmungen. Trotzdem Herr Dr. Eicke feststellt, daß Gelsenkirchen mit 3,75 Beamten auf je 1000 Einwohner mit Beamten kaum überseht ist, fordert er durch seine Reformvorschläge die weitere Entlassung von 380 Beamten und Angestellten.

Weiter übte Herr Dr. Eicke starke Kritik an den Ausgaben des Wohlfahrtsamtes. Er fordert eine einfachere Verwaltungsreform für das Wohlfahrtsamt und eine mehr individuelle Unterstützung. Die allgemeinen Zusatzunterstützungen sollen in Wegfall kommen, d. h. daß die zur Zeit schon unzulänglichen Wohlfahrtsunterstützungen noch weiter herabgedrückt werden. Entlassung von Beamten, Angestellten und Arbeitern, Verschlechterung der Wohlfahrtsunterstützungen, das sind die Reformpläne dieses Herrn. Selbstverständlich fordert er weiter die Aufhebung des Amtes für Leibesübungen, den Fortfall der Mittelschulen und Ersparnisse auf allen Gebieten des Volks- und Berufsschulwesens. Also Maßnahmen, die sich gegen den Lebensstand und gegen das Kulturniveau der Arbeiter, Angestellten und Beamten wenden. Ferner verlangt Dr. Eicke, die kommunalen Unternehmungen müssen daraufhin untersucht werden, ob sie zweckmäßig weiterhin bei der öffentlichen Hand bleiben, ob sie nicht der Privatwirtschaft oder anderen öffentlichen Unternehmungen unerwünschte Konkurrenz machen. Um politische Einflüsse auszuschalten, sei die Verstaatlichung der kommunalen Betriebe erforderlich. Die Löhne der städtischen Arbeiter müssen überall entsprechend den Bestimmungen der Notverordnung vom 5. Juni 1931 auf den Stand der Reichsarbeiterlöhne herabgesetzt und entsprechend der Industrietarifsklausel den in der Industrie gezahlten Löhnen angeglichen werden.

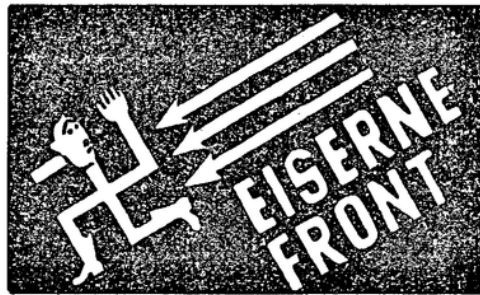
Es ist selbstverständlich, daß „DAS.“ und „Deutsche Bergwerkszeitung“ diese Forderungen des Herrn Dr. Eicke begeistert aufnehmen. Die Betriebe der Gemeinden, vor allen Dingen die werbenden Betriebe (Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke), gehören zu den wenigen deutschen Unternehmungen, die heute noch rentabel sind. Der Appetit auf diese bisher ausgezeichnet geleiteten Unternehmen seitens der Privatwirtschaft ist riesengroß, mußte allerdings in den letzten Monaten angesichts des vollständigen Verfalls der Privatwirtschaft gedämpft werden.

Wenn in einem zweiten Referat der Direktor der Wirtschaftsberatung deutscher Städte, Dr. v. Rubel, „entschiedene Kritik“ an der Verbeamtung zahlreicher Funktionen und an der Höherstufungspolitik übte, so muß dem entgegengehalten werden, daß auch die städtischen werbenden Betriebe, in denen heute noch die leitenden Stellen von Beamten besetzt sind, in bezug auf ihre Wirtschaftsführung sich vorteilhaft abheben von der Wirtschaftsführung zahlreicher privater Unternehmungen. Verwunderlich ist es nicht, wenn bei dieser Gelegenheit wieder auf die überhöhten Gehälter der Beamten und die überhöhten Löhne der Gemeinde-

arbeiter hingewiesen wird. Deshalb muß erneut darauf hingewiesen werden, daß die Beamten, Angestellten und vor allen Dingen die Arbeiter der deutschen Gemeinden im Laufe der letzten 1½ Jahre Gehalts- und Lohnkürzungen über sich ergehen lassen mußten, die zu einem erheblichen Teil über die Sähe hinausgehen, die sonst allgemein eingetreten sind, während es die leitenden Beamten der Privatindustrie vielfach verstanden haben, ihre Gehaltskürzungen auf dem Wege über den Gewinnanteil wieder wettzumachen. Wir konnten vor kurzem feststellen, daß die Lohn- und Gehaltskürzungen der Gemeindebeamten, Angestellten und Arbeiter in dieser Zeit einen Betrag von etwa 830 Millionen Mark im Jahresausmaß betragen, und daß allein durch diese Kürzungen mehr als zwei Drittel der gesamten Wohlfahrtsausgaben der Gemeinden getragen werden. Aus der jüngsten

Veröffentlichung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Löhne männlicher Arbeiter geht hervor, daß die deutschen Gemeindegewerkschafter, und zwar die Handwerker mit 22,6 Proz., die ungelerten Handwerker mit 21,2 Proz. die schärfste Lohneinbuße von allen deutschen Berufen zu verzeichnen haben. Während der Durchschnittslohn von 88 Berufen aus 48 Städten 89,5 Pf. beträgt, ist der Durchschnittslohn der Gemeindegewerkschafter auf 78,2 Pf., der Durchschnittslohn des ungelerten Arbeiters auf 65,1 Pf. pro Stunde gesenkt worden. Die Löhne stehen also erheblich unter den Sähen gleichgearteter Gruppen der Privatindustrie.

— Wir müssen die deutschen Stadtverwaltungen vor derartigen Beratern warnen. Alle Maßnahmen, die sie fordern, gehen zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung und der Arbeitnehmer der deutschen Gemeinden. C. P.



Adolf, tu dich ja bereit  
vor den eisernen drei Pfeilen!

## RUNDSCHAU

Krisenlohnsteuer der Gemeindebeamten und -arbeiter. Der Präsident des Landesfinanzamtes Dresden hat den Finanzämtern am 24. Februar 1932 die nachstehende Verordnung zugehen lassen:

„S. 2282. — I. 28a. D.

Betrifft: Krisenlohnsteuer der Gemeindebeamten und Arbeiter.

I. Das sächsische Ministerium des Innern hat auf Ansuchen des Sächsischen Gemeindetages gemäß der Verfügung des Herrn Reichsministers der Finanzen S. 2282. A. 85. III. vom 13. November 1931 am 3. Februar 1932 (Nr. 73 310) bejehinigt, daß bei den sächsischen Gemeindebeamten sowie bei den nach den Beamtenbesoldungsbestimmungen vergüteten sogenannten Dauerangestellten die Voraussetzungen für die Befreiung von der Krisenlohnsteuer nach § 4 Nr. 2 des Kapitels III des Dritten Teiles der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 (RGBl. I S. 279) mindestens vom 1. Oktober 1931 ab erfüllt sind. Ich bemerke hierzu, daß das Recht der Finanzämter, gemäß dem Erlaß vom 13. November 1931 in den Einzelfällen, in denen die Abweichung der Gemeindebeamtenbesoldung von der Besoldung gleichwertiger Reichsbeamten besonders auffallend ist, unter Vorlegung des darüber vorhandenen Materials eine bindende Entscheidung des sächsischen Ministeriums zu beantragen, durch die oben wiedergegebene allgemeine Befreiung vom 3. Februar 1932 nicht beschränkt wird.

II. In Ergänzung meiner Rundverfügung vom 13. Januar 1932 — 2282. I. 7. D. — ordne ich an, daß die Erstattung der Krisenlohnsteuer der Gemeindegewerkschafter und Gemeindebeamten in entsprechender Anwendung meiner Rundverfügung vom 28. Januar 1932 — S. 2282. I. 4b. D. — über die Krisenlohnsteuer der Staatsarbeiter zu erfolgen hat. Hat eine Gemeinde oder ein in Form einer selbständigen juristischen Person geführtes Unternehmen einer Gemeinde ihren bzw. seinen Arbeitern oder Beamten die Krisenlohnsteuer bereits aus eigenen Mitteln erstattet und bietet ihre Geschäftsführung Gewähr dafür, daß jederzeit sowohl die unter e meiner Rundverfügung vom 28. Januar 1932 aufgeführten Merkmale (Name und Anzahl der Arbeiter usw.) als auch der jedem einzelnen Arbeiter erstattete Betrag festgestellt werden können, so ist der Gemeinde usw. auf Antrag der von ihr verauslagte Betrag in einer Summe zu erstatten, ohne daß es in dem Antrage einer Ausführung der einzelnen Arbeiter und des an jeden erstatteten Betrages bedarf. Etwaige Einzelanträge von Arbeitern sind der Gemeinde zur Feststellung, ob schon Erstattung erfolgt ist, zuzuleiten. Auch in diesen Fällen ist besonders darauf zu achten, daß nicht mehr Krisenlohnsteuer erstattet wird, als für die fraglichen Zeitabschnitte abgeliefert wurde. Die Gemeindebehörden übernehmen mit der Stellung der Anträge sowohl die Haftung für die richtige Aufstellung der Erstattungsunterlagen als auch für die richtige Auszahlung und Verrechnung der Erstattungsbeträge.“

# GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

## Vierjährige Lehrzeit als Nothilfe!?

In langen Jahren haben sie sich wieder einmal ausgetobt, jene Fanatiker der „Fachwissenschaft“, die alles Heil im Dasein eines ewigen Junggärtners sahen, die da nur immer predigten: „Lerne! Lerne was, dann bist du was und hast du was!“ — Jetzt, da sie meist selber als Opfer der „Krise“, wie man die Weltpeite des Kapitalismus in schamhafter Verhüllung der Tatsachen nennt, geworden sind, da tauchen sie nach Monden erschütternden Zusammenbruchs langsam wieder auf, auch in Fachzeitschriften, die sich „neutral“ und „unparteiisch“ gebärden, um auch ihre volkswirtschaftlichen und politischen Weisheiten an den Mann zu bringen.

Ein beliebtes Thema ist für sie nun natürlich die Junggärtnernot. Sie, die vordem nie genug an jungem „Nachwuchs“ den gewerbsmäßigen Lehrlingszüchtern und den Ausbeutern junger und jüngster Arbeitskräfte in die Arme treiben konnten, sehen in ihrer Kurzsichtigkeit natürlich heute bestenfalls nur die Not der jüngsten Opfer ihrer stets falsch gewesenen Berufswirtschaftspolitik. Alle andere materielle und geistige Not im Beruf, neben und um die Gärtnerei, versinkt für sie hinter dem beschränkten Horizont, über den sie nun eben nur verfügen. Trotz aller Beschränktheit jener „Meister“ unseres Fachs hätte man es doch kaum für möglich gehalten, daß zur Milderung der Junggärtnernot — die vierjährige Lehrzeit in Vorschlag gebracht würde. Es ist tatsächlich vollbracht — von Herrn P. Opitz, Stieghorst, in der „Gartenwelt“! Er meint, die Verlängerung der Lehrzeit auf vier Jahre wäre geeignet, um der augenblicklichen Not der Jüngsten im Beruf zu steuern und für die nächsten Jahre langsam „ein Gleichgewicht“ wiederherzustellen. Was er aus dem Gleichgewicht gebracht sieht, verrät der gute Mann uns nicht, aber man wird nicht fehlgehen, wenn man folgenden Satz zur Erklärung mit heranzieht: „Den Lehrbetrieben wird der Vorteil geboten, eine Arbeitskraft, die doch erst jetzt für sie vorteilhaft zu werden beginnt, noch für ein Jahr zu behalten!“ — Das ist zweifellos des Pudels Kern!

Damit aber enthüllt sich die wahre Natur dieses im Gewande eines „Helfers in der Not“ sich empfehlenden Herrn! Wo bleibt da auch nur ein Fehln in der Nothilfe für die jungen und die längst schon für den Gärtnerberuf „zu alt“ gewordenen Opfer dieser fluchwürdigen Lehrlingszucht und -ausbeutung? Wollten wir auf diesen Lug und Trug hineinfallen, Hohn und Spott wäre verdienter Lohn.

Wir kennen wohl die Seelennot jener jungen Menschen, die hinter der Beendigung der Lehre das furchtbare Gespenst hoffnungsloser Massenarbeitslosigkeit immer drohender erkennen; wir kennen diese Mäte unserer Kollegen weit besser als so mancher von denen, die die „Junggärtnerbewegung“ zu machen sich bemühen, weil wir sie miterlebten und unmittelbar mitempfanden.

Aber wir wollen auf keinen Fall, daß die Uhn dieser jenes Systems, das zu einem sehr erheblichen Teil die Schuld daran trägt, daß in unserem Beruf schon seit Jahrzehnten die Arbeitslosigkeit so über alle Maßen groß geworden ist, jetzt in unserer größten Not noch weitere Vorteile aus dieser Not ziehen sollen.

Darum geht unsere Forderung zu diesem Punkte dahin:

Alle Lehrbetriebe sind zu verpflichten, die von ihnen ausgeleiteten Junggärtnergehilfen mindestens noch ein weiteres Jahr zu beschäftigen, selbstverständlich zu den tariflich festgesetzten Arbeits- und Lohnbedingungen. Die Lehrlingseinstellung ist von der restlosen Erfüllung dieser Verpflichtungen abhängig zu machen.

Diese Maßnahmen dürften wirksamer sein, um 1. der Not der jüngsten Gehilfen abzuhelfen, 2. der schlimmsten Lehrlingszüchtereien einen starken Riegel vorzuzuschieben und 3. wirklich das Gleichgewicht zwischen Nachwuchsbedarf und -anzucht für die Zukunft langsam wieder herzustellen.

## Nehmt euch der neuen Lehrlinge an

Anfang April treten Tausende von Lehrlingen ihre Lehrstellen an. Nehmt euch dieser jungen Berufskollegen an. Der neue Berufsgenosse muß sofort wissen, wo er hingehört, wo er Schutz und Rückhalt findet. Je früher er in unseren Reihen marschiert, um so fester und zuverlässiger wird er zum Verband stehen. Macht sie auch darauf aufmerksam, daß sie als Mitglied des Gesamtverbandes das „Gärtnerei-Fachblatt“ unentgeltlich erhalten.

## Verletzte Rechte aus dem Lehrvertrag

In die im Grunde verfehlte Lohnabbauaktion der Reichsregierung waren die Lehrlinge nicht ausdrücklich einbezogen worden. Das war auch nicht nötig, denn nach ständiger Rechtsprechung der Arbeitsgerichte sind die Lehrlinge eben auch Arbeitnehmer. Daraus ergibt sich der logische Schluß, daß bei tariflicher Regelung der Lehrlingslöhne diese natürlich auch gemäß den Bestimmungen der Notverordnung zu kürzen waren. Bei der bekannten Einstellung der Arbeitgeber im allgemeinen und unserer lieben Gartenbauern im besondern sind allerdings nur in wenigen Fällen die Lehrlingslöhne tariflich geregelt, und es kam deshalb nur für wenige Lehrlinge unseres Berufes der Lohnabbau kraft Notverordnung in Betracht. Denn die Bezüge derjenigen Arbeiter und Angestellten — also auch der Lehrlinge —, deren Arbeitsbedingungen am 8. Dezember 1931 nicht tarifvertraglich geregelt waren, wurden durch die Notverordnung nicht betroffen. (Dgl. „Arbeitsrechtspraxis“ Heft 1 1932.)

Dieser durch die Notverordnung geschaffene Rechtszustand war für die vielen Lehrlingsausbeuter unter den Gartenbauern nun freilich eine bittere Nuß. Sie haben sich aber, wie wir aus verschiedenen Quellen erfahren haben, wohl in allen Orts- und Bezirksverwaltungen des RddG. mit der Frage befaßt, wie sie trotz dem einen recht kräftigen Abbau der so hundsmäßig niedrigen Lehrlingsentlohnung doch durchsetzen könnten. Es entsprach ihrer unsozialen und persönlich-egoistischen Erziehung, wenn sie, wie es in einem Schriftsatz an das Arbeitsgericht Hamburg heißt, „einstimmig beschlossen, die Lehrlings„gehälter“ abzubauen“. Selbstverständlich erfolgte dieser Beschluß, ohne auch nur den Versuch einer vorherigen Verständigung mit den Eltern und Erziehungsverpflichteten der Lehrlinge zu machen. „Wenn wir auch mit den Lehrlingen einen Vertrag gemacht haben, so ist dieser Vertrag doch durch die Notverordnungen illusorisch geworden, genau wie die Verträge der anderen Arbeitgeber mit ihren Arbeitnehmern“, so heißt es zur Begründung dieser Ausbeutungsmethoden der Lehrlingszüchter in dem erwähnten Schriftsatz. Von besonderem Interesse ist aber auch noch die folgende Erklärung: „Sämtliche Vorstände des Reichsverbandes, der Landwirtschaftskammer, der Fachgewerbeschulen sind sich darüber einig.“ — Es wird noch nachzuprüfen sein, ob wirklich auch die „Fachgewerbeschulen“ dahingehende Erklärungen abgegeben haben. Möglicherweise erscheint es auch uns durchaus, daß der eine oder andere Berufsschullehrer sich auf dieses Gebiet begeben hat, auf dem er nichts zu sagen und zu suchen hat; aber gerade deswegen wünschen wir, von den erforderlichen näheren Feststellungen unterrichtet zu werden. Um das zu ermöglichen, muß der Name dessen, der diese Behauptungen aufstellte, nun natürlich genannt werden. Es ist der Gartenbaubetrieb F. A. Richters Söhne, Hamburg.

Diese Firma hat es für ihren Teil allerdings vorgezogen, sich vor dem Arbeitsgericht bereit zu erklären, die von unserer Hamburger Fachgruppe eingeklagte Nachzahlung des Lehrlings„gehalts“ zu leisten und auch in Zukunft die im Lehrvertrag festgesetzten Lohnsätze zu zahlen. — Sie hat rechtzeitig eingesehen, daß den einseitigen Beschlüssen im Arbeitgeberverbande jede rechtliche Grundlage mangelte, und daß weder Tarifvertrag noch Lehrverträge durch die Notverordnung „illusorisch“ geworden sind“.

Dieser Tage liefen wieder Tausende von Lehrverträgen ab, weil die bisherigen Lehrlinge nun Gehilfen geworden sind. In den meisten Fällen werden auf die gleiche Art unrechtmäßige Lohnkürzungen vom Lehrherrn vorgenommen und die davon Betroffenen in die Arbeitslosigkeit hineingestoßen sein. Da erachten wir es als unsere Pflicht, trotz Oster- und sonstigen Burgfrieden, unsere jungen Kollegen auf ihre Rechte aus dem verletzten Lehrvertrag aufmerksam zu machen.



## Soziale Auswirkungen der Rationalisierung

Das Internationale Arbeitsamt hat ein Buch von fast 400 Seiten Umfang über die Rationalisierung und ihre sozialen Auswirkungen veröffentlicht. Im ersten Abschnitt dieses Buches wird an der Hand zahlreicher Beispiele gezeigt, wie die Arbeitsergiebigkeit durch verschiedene Mittel erhöht wurde. Die Steigerung der Leistung betrug bei entsprechender Eignungsauslese der Arbeiter zwischen 10 und 40 Proz. und bei besserem Anlernen und Einüben 27 bis 200 Proz.; durch Rationalisierung der Bewegungen wurde der Arbeitsertrag um 20 bis 700 Proz. erhöht; durch Arbeit am laufenden Band um 40 bis 250 Proz.; durch Aufmunterungsprämien um 15 bis 300 Proz. und durch Einführung von Erholungspausen während der Arbeit um 2,8 bis 33 Proz. Wenn man die Rationalisierung im allgemeinen in Betracht zieht, so ergibt sich in Deutschland in der Zeit von 1925 bis 1928, je nach den Industrien eine Ertragssteigerung um 16 bis 100 Proz. und in Oesterreich von 1924 bis 1927 eine solche von 27 bis 80 Proz. In den Vereinigten Staaten betrug die Mehrung des Arbeitsertrages in sechs Jahren in der Landwirtschaft, dem Bergbau, der Industrie und in den Eisenbahnbetrieben zusammengenommen 26 Proz., während in Großbritannien von 1924 bis 1929 die Produktion in zehn Industrien um 11 Proz. gestiegen ist, bei einer Verminderung der Arbeiterzahl um 8 Proz. In dem Buch des Internationalen Arbeitsamts wird auch zu veranschaulichen versucht, welche Ergebnisse die Rationalisierung den Arbeitern brachte, wie die Rationalisierung auf die Arbeitszeit, die Löhne, den Arbeitsmarkt, die Gesundheit und Sicherheit der arbeitenden Menschen einwirkte. — Es ist nicht zweifelhaft, daß zwischen Arbeitsdauer und Rationalisierung bestimmte Beziehungen bestehen. Die Verkürzung der Arbeitszeit, die in der Nachkriegszeit überall eintrat, war mit ein Antrieb zur Einführung arbeitsparender Produktionsverfahren und rationaler Ausnutzung der Arbeitskraft. Damit wurde nicht bloß verhindert, daß die Arbeitszeitverkürzung zu einem Produktionsausfall führte, sondern es wurde ganz allgemein eine mehr oder minder bedeutende Mehrproduktion erzielt. Andererseits aber erleichterte die Rationalisierung die weitere Herabsetzung der Arbeitsdauer sowohl deshalb, weil sie den auf die gleiche Zeiteinheit treffenden Arbeitsertrag steigerte, wie auch wegen der rascheren Erschöpfung der Arbeitskraft, die viele rationalisierte Arbeitsverfahren mit sich bringen.

Zwischen dem Fortschritt der Rationalisierung und dem Lohn bestehen ebenfalls Zusammenhänge. Mit der Vermehrung der Menge und des Wertes des Produktionsertrages steigen gewöhnlich auch die Löhne, aber es scheint, daß das Maß der Lohnsteigerung oft hinter dem Maß der Produktionsausweitung zurückbleibt.

Statistische Unterlagen, welche die Einwirkung der Rationalisierung auf die Lage des Arbeitsmarktes zweifelsfrei veranschaulichen würden, sind nicht vorhanden. Die Arbeitslosigkeit ist gegenwärtig nicht nur in Ländern sehr groß, wo die Rationalisierung weit getrieben wurde wie in den Vereinigten Staaten und Deutschland, sondern auch in Ländern, wo die Einführung arbeitsparender Produktionsverfahren weniger energisch betrieben wurde wie in Großbritannien. Verschiedentlich wurde zu ermitteln versucht, welcher Teil der Gesamtbeschäftigung durch die Rationalisierung verursacht wurde, doch gehen die Ergebnisse solcher Schätzungen weit auseinander. Als sicher darf angenommen werden,

daß infolge der Rationalisierung auch die normale Arbeitslosigkeit größer sein wird, als sie vorher war.

Don der gesteigerten Mechanisierung der Produktion dürfte eine Verminderung der Unfallhäufigkeit zu erwarten sein, denn 75 Proz. aller Unfälle werden durch das Verhalten der Menschen herbeigeführt. Doch werden andererseits die Unfallgefahren wieder erhöht, weil viele rationalisierte Arbeitsverfahren größere Ermüdung und Unaufmerksamkeit infolge der Gleichförmigkeit der Vorrichtungen veranlassen. Dem wird bereits da und dort durch abwechselnde Verwendung der Arbeiter bei verschiedenen Vorrichtungen zu begegnen gesucht. Zwecks Vermeidung der Unfall- und Gesundheitsgefahren sollte die wissenschaftliche Betriebsführung darauf bedacht sein, die technischen Einrichtungen und Arbeitsverfahren in möglichst weitem Maße den menschlichen

Bedürfnissen anzupassen. Nicht das Maximum, sondern das Optimum der Leistung soll maßgebend sein. Besonders wichtig ist es, schädigenden Einwirkungen rationalisierter Arbeitsverfahren durch Verkürzung der Arbeitszeit und Einlegung entsprechender Arbeitspausen zu begegnen. — Als wichtig betrachtet das Internationale Arbeitsamt ferner die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Betriebsführung, sei es in Form von Betriebsräten oder auf andere Weise, so daß sie sich in Fragen, die die Rationalisierung betreffen, Gehör verschaffen können. Einvernehmliches Vorgehen kann nur zum Nutzen aller Beteiligten ausschlagen. — In dem Buch des Internationalen Arbeitsamtes werden auch gewisse Vorteile erwähnt, die sich aus der Rationalisierung für die Arbeiter ergeben. Dazu gehört z. B. die Verbesserung des Bauzustandes und der Einrichtungen der Betriebe sowie die Tatsache, daß manche äußerst beschwerliche oder unangenehme Arbeitsverrichtungen, die ehemals Menschen zu leisten hatten, nun mechanisch vor sich gehen. H. Fehlinger.

### Betriebsvertretungsmitglieder!

Auf zum zweiten Wahlgang! Wählt Hindenburg! Warum? — Weil die Betriebsvertretungen nur so in ihrem Bestande gesichert sind. Bis jetzt sind durch Notverordnungen die Rechte der Betriebsvertretungen in den Betrieben nicht angetastet worden. Wie würde es aber aussehen, wenn Hitler Reichspräsident würde? Hitler erklärte am 22. Mai 1930 gegenüber O. Strasser:

„Mit welchem Recht verlangen die Arbeiter und Angestellten Anteil am Besitz oder gar an der Leitung der Betriebe? ... Der Unternehmer, der die Verantwortung für die Produktion trägt, der schafft auch den Arbeitern Brot. Gerade unseren großen Unternehmern kommt es nicht auf das Zusammenraffen von Geld an, auf Wohlleben usw., sondern denen ist die Verantwortung (?) und die Macht (!) das Wichtigste. Sie haben auf Grund ihrer Tüchtigkeit sich an die Spitze gearbeitet und auf Grund dieser Anleihe, die wiederum nur die höhere Rasse beweist, haben sie das Recht, zu führen. Nur man nun einen unfähigen Regierungsrat oder gar einen Betriebsrat, der von nichts eine Ahnung hat, mitreden läßt, das wird sich jeder Wirtschaftsführer verbiten.“

Beseitigung der Betriebsvertretungen ist also das Ziel Hitlers. Deshalb, Betriebsvertretungsmitglieder, gebt in eurem eigenen Interesse am 10. April

#### eure Stimme Hindenburg!

Wirkt auf eure Arbeitskollegen ein, daß auch sie dasselbe tun. E. R.

### Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Der Reichsindex für Lebenshaltungskosten ist vom Statistischen Reichsamt für den Durchschnitt des Monats März mit 122,4 gegen 122,3 Proz. im Februar im wesentlichen unverändert geblieben. Der Index für die Ernährungskosten betrug im März 114,4, für Wohnung 121,5, Heizung und Beleuchtung 136,6, Bekleidung 119,1 und für sonstigen Bedarf 166,7 Proz. (1913 = 100 Proz.)

Die Haushaltsführung des Reichs für die Zeit vom 1. April 1932 bis 30. Juni 1932 ist durch Verordnung des Reichspräsidenten so geregelt worden, daß in diesem Vierteljahr bis zu einem Fünftel der 1931 bewilligten Beträge ausgegeben werden darf. Als Reichszuschuß für die Gemeinden zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten ist ein Betrag von 75 Millionen Mark vorgesehen.

Friedrich Minnerschaft in Thüringen brachte dem Lande einen Fehlbetrag von über 10 Millionen Mark, wie Staatsminister Baum anläßlich der Einbringung des Etats für das Rechnungsjahr 1932 feststellte.

In Braunschweig hat Klages die weltlichen Schulen verboten. Verschiedene große Waffenlager der Nationalsozialisten sind in Oberbayern ausgehoben worden.

Der Völkerrundrat ist zum 15. April 1932 einberufen worden, um die außerordentlich schwierige Finanzlage der Donau-Staaten einer Prüfung zu unterziehen.

Der bekannte sozialistische Führer Italiens, Filippo Turati, ist am 30. März im Alter von 75 Jahren in Paris gestorben.

Einen Plan gewalttätiger Uebernahme des Staatsapparates durch die Nationalsozialistische Partei hat die Bayerische amtliche Pressestelle veröffentlicht, der die preußische Polizeidirektion nachträglich vollkommen rechtsetzt.

In Amerika hat ein Defizit im Staatshaushalt von 9 Milliarden Mark zur Steuererhöhung im Betrage von 4 Milliarden Mark geführt.

**Mit Phrasenschwall da wächst kein Brot,  
durch Hitler wächst nur unsere Not!**

## Für die Frauen

### Frauen, wählt Hindenburg!

„Sage mir, wie du vom Weibe denkst, und ich weiß wer du bist: ob ein Mann und ein Mensch im besten Sinne des Wortes, oder ein Barbar, eine maskierte Bestie.“ (Dobell: Aus Leben und Wissenschaft.)

Am 10. April werden die abstimmungsfähigen stimmberechtigten Reichsbürger den Kampf um den Reichspräsidenten entscheiden. Die im ersten Wahlgang erfolgte unmittelbare und geheime Stimmabgabe der Wahlberechtigten, die dazu nach dem deutschen Reichswahlrecht über die rechtlichen Voraussetzungen (Staatsangehörigkeit, Vollendung des 20. Lebensjahres usw.) verfügten, brachte nicht die erforderliche absolute Stimmenmehrheit für einen der Kandidaten. Nunmehr wird im zweiten Wahlgang mit relativer Stimmenmehrheit der Reichspräsident für die normale Amtszeit auf 7 Jahre gewählt. In diesem Kampfe, ob Hitler oder Hindenburg — Faschismus oder Demokratie — Verklaffung oder gleiche Rechte der Frauen in Familie, Gesellschaft und Staat, werden die Frauen mit dem Stimmzettel über ihr zukünftiges Schicksal mitentscheiden.

Die Frauen blieben von der politischen und sozialen Umwälzung aller kapitalistischen Staaten nicht unberührt. Mit Recht kann man wohl sagen, daß die Frauen der besitzlosen Klasse, in vielen Beziehungen zum sozialen Leben, sehr hart betroffen worden sind. Der Kapitalismus — nicht der Sozialismus — verdrängte die Frau aus Haus und Familie. Unvergesslich in der Geschichte der Klassenkämpfe bleibt das Vorgehen des kapitalistischen Unternehmers, das den Lohnarbeitern Hungerlöhne aufzwang und dadurch die Ehefrau, die Mutter und Kinder in das Joch der Industriearbeit spannte. Noch stärker wurde der Druck auf die Löhne der Männer, denn die Frauen wurden zum „allerbilligsten Teil der Maschine degradiert“.

„Was dahin hatte kein Zeitalter der ganzen Menschheitsgeschichte so viel hungernde, so viel verzweifelte, so viel verkommene Weiber gesehen, als die Zeit des kapitalistischen Industriealismus.“ (Dobell.)

Erst nachdem die Lohnarbeiterinnen ihre elende Klassenlage in der kapitalistischen Gesellschaft erkannten und sich der gewerkschaftlichen wie politischen Bewegung anschlossen, wurde ihre soziale Lage verbessert. Der kapitalistische Staat im kaiserlichen Deutschland verlangte von den Frauen Gebären und Erziehen der Kinder, Führung des Haushaltes, Lohnarbeit zur Erlangung der Existenzmittel und vieles andere mehr. Aber nichts gab er ihnen als Gegenleistung. Nur im langen Kampfe der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen wurde die höhere Wertung der Frau in Familie, Gesellschaft und Staat erreicht. Bedeutsamer Ausdruck dafür ist u. a., daß jetzt die Frauen nach den gleichen Rechtsbestimmungen der Männer das aktive und passive Wahlrecht besitzen. Sie sind damit Staatsbürger geworden. Als Staatsbürger haben sie deshalb auch die vornehmste Pflicht, den Feind zu bekämpfen, der mit der Zerstückelung der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei, auch die Frauen entwürdigte, knechtete und zum bloßen Werkzeug der Fortpflanzung machen will.

Wie ehemals erklären die Gegner des Frauenwahlrechts auch heute noch, daß das weibliche Geschlecht noch nicht „reif“ für die großen Staatsdinge sei. Die Faschisten marschieren an der Spitze der Gegner der staatsrechtlichen Gleichstellung der Frauen. So wie diese Rassistheoretiker, die Rassisterei an der Schädelbildung der Menschen erkennen wollen, gedenken sie wahrscheinlich die „Unreife“ der Frauen „für die Härten der Politik und für die tragischen Bedingungen des geschichtlichen Lebens“ an der Größe der Gehirnmasse der Geschlechter festzustellen. Doch den Faschisten zum Entsetzen stellt der Gehirnanatom fest, daß sich diese Vertreter der Entwürdigung der Frauen ihrer all zu großen Gehirnrinde nicht bewußt sind. Also auch die Frauen nach anatomischem Befund gleich den Männern körperlich durchaus zur Ausübung der Staatsgeschäfte geeignet sind.

Im faschistischen Italien besitzen die Frauen kein Wahlrecht. Man hat sie bewußt von der Willensbildung des faschistischen Staatswesens ausgeschlossen. Nach einer Untersuchung von Dr. A. Grabowsky hält es der Faschismus direkt für gefährlich, die Frauen an die große Politik, mithin an das eigentliche Staatsleben heranzulassen, denn sie vermischen viel zu häufig Sentiment (Empfindlichkeit) und Notwendigkeit. Der Faschismus überträgt den „Grundsatz, daß die Frau in der Kirche zu schweigen habe, auf den Staat. Weder sei das Frauenwahlrecht für den Staat nützlich noch für die Frau selber.“ Zu dieser Mission, so wie sie die Faschisten vertreten, ist noch darauf hinzuweisen, daß mit ihrer

Degradation des weiblichen Geschlechts, die Degeneration zwangsläufig folgen muß. Also Heruntersetzung der Frauen als Objekt des Staatswillens, als bloßes Werkzeug der Fortpflanzung und um mit Dodel die Einstellung des Faschismus der Frau gegenüber zu charakterisieren: Erziehung des weiblichen Geschlechts zur beschränkten Zimperlichkeit und Unwissenheit... zum Flitterstaat in Kleiderpracht und anderen Prunkdingen... Ehrfurchtsvolles Augenaufschlagen vor der plumpen Größe ökonomischen Besitzes allfälliger Freier und Bewerber, demütig-knigiges Zusammensinken vor der gesellschaftlichen Stellung und der materiellen Potenz des herbeigesehnten Beschützers... So stellen sich die Faschisten schützend vor die untergehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Sie wollen das Rad der Entwicklung zum Sozialismus rückwärts ins Zeitalter der schwärzesten Reaktion drehen. Das darf den Faschisten nicht gelingen.

Aus der Stellungnahme des Faschismus zum Frauenwahlrecht, zur Betätigung der Frauen als Staatsbürger, zur Frauenfrage überhaupt, spricht die Furcht vor der Proletarierin als Wählerin. An den Frauen liegt es nun, diese Erkenntnis richtig anzuwenden. Die Herabsetzung als Menschen minderen Rechts zu beantworten mit dem Stimmzettel. Deshalb:

**Keine Stimme für Hitler, alle Stimmen für Hindenburg.**

W. Schapitz.

### Aus den deutschen Gewerkschaften

Gegen jede weitere Lohnsenkung! (Tagung des Lohnpolitischen Ausschusses des ADGB.) Am 30. März 1932 traten die Lohnpolitischen Sachbearbeiter der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände zusammen, um zu der aus dem drohenden Ablauf der Tarifverträge Ende April sich ergebenden Situation Stellung zu nehmen. In der Aussprache zeigte sich, daß der Umfang der von den Arbeitgebern erfolgenden Vertragskündigungen noch nicht abschließend zu übersehen ist. Immerhin lassen die bereits erfolgten Kündigungen erkennen, daß die Arbeitgeber erneut weitere Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen versuchen. Demgegenüber wurde zum Ausdruck gebracht, daß schon die jetzigen gewaltig reduzierten Löhne ein Niveau geschaffen haben, das im stärksten Mißverhältnis zu den geringen, durch die Preisabbauaktion erzielten Preisenkungen steht. Uebereinstimmend wurde betont, daß damit diejenige „Neue Situation“ gegeben sei, die der Reichskanzler bei dem allgemeinen Lohnabbau durch die Notverordnung als Ausgangspunkt für eine Revision der bisherigen amtlichen Lohnpolitik bezeichnet hat. Daß angesichts einer solchen Situation gar ein weiterer Lohnabbau in Betracht gezogen werden könnte, wurde allseitig mit Entschiedenheit abgelehnt. Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Löhne über den 30. April hinaus wurde allgemein als die Mindestforderung bezeichnet, die die Gewerkschaften gegenüber Regierung und Arbeitgebern zu stellen hätten.

Ein sachmännisches Urteil über die Gewerkschaftspressen. In dem Organ des Reichsverbandes der deutschen Presse „Deutsche Presse“ Nr. 12 befindet sich ein Artikel über „Die Presse der Gewerkschaften in Deutschland“. Diese Arbeit kann um so mehr Beachtung finden, weil sie von sachmännischer Seite kommt. Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftspressen wird von dem Verfasser dieses Artikels, Heinrich Hoffmann, mit folgenden Worten anerkannt:

„Die Gewerkschaftspressen gehören zu den stärksten Mitteln der neuzeitlichen Massenbeeinflussung und hat in den Jahrzehnten ihres Bestehens und Wirkens sich große Verdienste um die Erziehung und die geistige Entfaltung der breiten Volksmassen erworben.“

Ueber die Umgestaltung der Gewerkschaftspressen und deren Wert wird folgendermaßen geurteilt:

„Die eigentlichen Berufsfragen sind aus der Verbandspresse zurückgedrängt oder gänzlich ausgeschaltet. Dafür ist aber in zunehmendem Maße der Familien- und Unterhaltungssteil der Gewerkschaftspressen ausgebaut und verfeinert worden. Zeichnenstil und Autotypie, Kamera und Reportage haben vielfach schon die langweiligen Versammlungsberichte und Konferenzprotokolle verdrängt. Auch drucktechnisch, im Umbruch und Satzspiel zeigte sich in den letzten Jahren ein energischer Zug zum Modernen. Viele Zeitungen der freien Gewerkschaften teilen ihren zumeist sich aus dem Din-Format ergebenden Raum in drei bis vier Spalten, um dadurch größere Wirkungsmöglichkeiten beim Umbruch zu gewinnen. In „Fachauschüssen“, die sich die Redakteure der Gewerkschaftspressen im Rahmen ihrer Spitzenverbände geschaffen haben, werden Fragen der beruflichen Fortbildung, der textlichen Ausgestaltung der Gewerkschaftszeitungen, der Heranziehung tüchtiger und fachkundiger Mitarbeiter, der Honorierung und preisgesetzliche Probleme erörtert. Nach ihrer Ausgestaltung und ihrem Umfang, nach ihrer politisch wie erzieherisch gleich großen Wirksamkeit kann sich die deutsche Gewerkschaftspressen ebendürftig

elareichen in die große, vom hohen Kulturstand Deutschlands zeugende Front der periodischen Presse."

Wenn ein Journalist den hohen Kulturstand der Gewerkschaftspresse derart hervorhebt, so können sich die Gewerkschaftsredakteure darüber freuen. Ihre Bemühungen um die Ausgestaltung ihrer Blätter werden selbst von sachmännlicher Seite rückhaltlos anerkannt. Aber auch die Verbandsvorstände und die Instanzen, die über die Gewerkschaftspresse mitzubestimmen haben, sollten die Worte eines unparteiischen Fachmannes beherzigen:

„In der jetzigen Notzeit erseht die Gewerkschaftspresse sicherlich hunderttausenden, vielleicht sogar Millionen arbeitslosen Volksgenossen die Tageszeitung, ist sie den Familienangehörigen der Notleidenden die vielleicht einzige Rettung, das Blatt, das durch seinen Unterhaltungsteil ein wenig über die Bitternis der trostlosen Geldsage hinwegtröstet.“

Die Krise darf die scharfe Waffe, die die Gewerkschaftsbewegung sich in ihrer Presse geschaffen hat, nicht vernichten. Sie ist in diesen furchtbaren Zeiten, wo alles wankt, einer der stärksten Träger des gewerkschaftlichen Zusammenhaltes, der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufklärung, Agitation und Information. Deshalb muß jeder Kollege gewissenhaft seine „Gewerkschaft“ lesen und sie an Unorganisierte weitergeben.

## Aus unserer Bewegung

Berlin. In der Generalversammlung der Orts- und Bezirksverwaltung am 1. April teilte Kollege Schaum u. a. mit, daß mit dem 1. April der Verband der Steuer- und Zollbeamten zu unserem Gesamt-Verband übergetreten ist. Der Verbandstag ist durch Beschluß des Verbandsvorstandes auf die Zeit vom 30. Oktober bis 5. November 1932 festgelegt worden. Er wird nach Hamburg einberufen werden. Die Maifeier soll in diesem Jahre von allen Gewerkschaften, der SDD., dem Reichsbanner und dem Sportkartell einheitlich durchgeführt werden. Es wird versucht werden, für diesen Tag Demonstrationsfreiheit zu erlangen. — Hierauf erhielt Kollege Ortman das Wort zum Geschäftsbericht. Er übte zunächst scharfe Kritik an den Arbeitsnachweisverwaltungen, die bisher in weitgehender Weise von den Gewerkschaften in ihren Aufgaben unterstützt worden sind. Sollte aber der eingeschlagene reaktionäre Kurs weitergeführt werden, so würden sich die Gewerkschaften ernstlich überlegen müssen, ob sie ihre Mitarbeit nicht aufgeben. In längeren Ausführungen ging dann Ortman auf die Tätigkeit der Ortsverwaltung in ihrer Gesamtheit und in ihren einzelnen Sektionen näher ein. Insgesamt waren 232 Bewegungen in 11 692 Betrieben mit 268 521 Beteiligten zu führen. Es waren fast durchweg nur Abwehrbewegungen, wobei es gelang, die schärfsten Forderungen der Unternehmer auf Verschlechterung der Lebenshaltung unserer Mitglieder abzuwehren. Eine recht umfangreiche Tätigkeit hatten das Betriebsrätesekretariat, die Arbeitsrechtsabteilung und die Rechtschutzabteilung zu entfalten. Das Betriebsrätesekretariat hatte vor den Arbeitsgerichten nicht weniger als 102 Klagen zu führen, wovon 57 mit vollem Erfolg und 8 mit teilweise Erfolg endeten, während der Rest durch Zurücknahme bzw. Abweisung der Klage erledigt wurde. 25 Fälle blieben in der Berichtszeit unerledigt. Der Rechtschutzabteilung lagen 122 Anträge vor; davon sind 120 bewilligt worden. Von den geführten Prozessen endeten 26 mit Freispruch für die Kollegen, 42 wurden zu Geldstrafen verurteilt. 14 andere Fälle endeten mit Erfolg, 2 erfolglos und 4 durch Vergleich. Unerledigt blieben 32 Fälle. Ein Bild von der Stärke der Arbeitslosigkeit in den von unserem Verband erfaßten Betrieben gibt die Arbeitsnachweisstatistik. Aus den Fachabteilungen Transport-, Handels- und Verkehrsgewerbe, Gärtnerei und Krankenpflege waren nicht weniger als 31 555 Stellungsuchende gemeldet, während nur 7611 gemeldete Stellen vorlagen. Davon wurden nur 1435 fest besetzt, während der Rest (5453) nur Ausleihstellen waren. Dann warf Kollege Ortman noch einen Blick auf die kommenden Tarifbewegungen. Er stellte fest, daß es den Unternehmern jetzt nicht mehr so sehr auf Lohnherabsetzung ankommt wie auf den Abbau der sozialen Leistungen (Urlaub, Krankenlohn usw.). Ebenso will man die Wochenlöhne umwandeln in Stundenlöhne. Mit schlechtem Beispiel geht auch hier wieder die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung voran. Das letzte Wort ist hier noch nicht gesprochen. Reichsregierung und Reichstag werden in dieser Frage noch mobil gemacht werden. Nachdem Kollege Ortman noch näher auf die inneren Einrichtungen des Verbandes eingegangen war, gab er auch ein seltenes Gewerkschaftsjubiläum bekannt. Der Kollege Hermann Kiehl ist bereits seit dem Jahre 1906 ununterbrochen ehrenamtliches Mitglied der Ortsverwaltung. Er gehört ihr also mehr als 25 Jahre an. — Hierauf folgte der Kassenbericht des Kollegen Sietemann. Die Einnahmen betragen im 4. Quartal 1931 1 146 729,65 Mk., die Ausgaben 1 192 410,99 Mk., so daß die Ausgaben die Einnahmen um 45 681,34 Mk. übersteigen. Diese Differenz erklärt sich aus der Verminderung der Beitrags-

einnahmen durch Mitgliederrückgang, durch Senkung der Löhne und durch Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und durch vermehrte Unterstützungsausgaben auf der anderen Seite. Die Differenz wird wieder ausgeglichen durch vermehrte Sparmagnahmen (Gehaltsabbau der Angestellten, Ermäßigung der Sitzungsgelder und der Entschädigung für Unterkassierer). Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluß 111 450. — Nach dem Bericht des Kollegen Pähold für die Revisionskommission, kurzer Diskussion und dem Schlußwort des Kollegen Ortman wurde zur Neuwahl der Körperschaften geschritten. Die von der Orts- und Erweiterten Verwaltung vorgeschlagene Liste wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Es sind somit gewählt in die Geschäftsleitung als Bevollmächtigte: Otto Ortman und Gustav Schaum, stellvertretende Bevollmächtigte: Walbemar Böhrner und Anton Rochowski, Sekretär: Karl Oltersdorf, Kassierer: Gustav Brekke und August Sietemann; als Beisitzer der Bezirks- und Ortsverwaltung aus den Sektionen: I. Gemeindebetriebe und -verwaltungen: Hermann Kiehl, Gärtnereibetriebe: Paul Auras, II. GEW-Werke: Artur Meißner, III. Gesundheitswesen: Wilhelm Schulz, IV. RDK. einschließlich Feuerwehr: Fritz Mehliä, V. Reichs-, Staatsbetriebe und -verwaltung, einschließlich Theater, Kino, Varieté: Fritz Leidinger und Walter Paulick, VI. Handelsgewerbe: Ewald Eipel, VII. Transportgewerbe: Artur Abrahamams, VIII. Verkehrsgewerbe: Theodor Noll und Ernst Hänisch, IX. Luft- und Kraftfahrer: Adolf Tschaeppe, X. Metallindustrie (Transportarbeiter): Otto Tepelemaun, XI. Post und Telegraphie: Eduard Zacher, XII. Haus- und Wachangestellten: Max Diekert; als Beisitzer aus dem Betriebsräteauschuß: GEW-Werke: Ferdinand Köhler, Handelsgewerbe: Rudolf Stein; in die Revisionskommission: August Krug, Gustav Henmeier, Hermann Pähold, Richard Kühnel, Max Schulze, Berthold Streitner, Hermann Fischbach; in die Bibliothekskommission: Max Pahl, Bruno Otto, Ferdinand Boll, Joachim Feldmann, Rudolf Ducalka, August Knapp. — Beschlossen wurde die Entschädigung der Unterkassierer von 5 auf 4 Proz. herabzusetzen.

Bünde. In der Mitgliederversammlung am 20. März forderte Kollege Johannmann alle Kollegen, die sich in die Liste der Eisernen Front noch nicht eingetragen haben, auf, dies nachzuholen. In nächster Zeit soll eine großzügige Agitation entfaltet werden. Deshalb wurde Bünde und Umgegend in vier Bezirke eingeteilt. Bezirk 1: Bünde, Ennigloh, Grenze die Elfe; Agitationsleiter die Kollegen Vogtländer und Johannmann. Bezirk 2: Am Brunnen, Grenze Mindener Weg und Hunebrock; Agitationsleiter die Kollegen Melhior und Köcker. Bezirk 3: Südlengern und Spradow; Agitationsleiter die Kollegen Fritz Pott und Heimsoht.

## RUNDSCHAU

„Der Marsch auf Berlin.“ In der „Volkswarte“ behandelt nun sogar Ludendorff das gefährliche Zusammenballen der Nazis in Kasernen usw. Er sagt dazu:

„Die gewalttätigen Absichten der SA. werden das fürchterlichste Unheil über das deutsche Volk hereinbringen, das es je erlebt hat. In solcher Lage können Menschen wie General v. Schleicher wie Zinten am Pulverfaß wirken, dessen Explosion Reichswehr und Volk vernichtet. Ich frage die Deutschen unter den Wählern des Regierungsrats Hitler: Erkennen sie nicht endlich, daß von ihm die Rettung, sondern nur dreifaches Verderben durch fanatisierte Gewaltmenschen kommen kann? — Ich frage den Reichskanzler:

Was ist aus der Untersuchung über die Hessendokumente geworden?

Wie denkt er über das Wirken des Reichswehr- und Innenministers Groener?

Wird endlich dem General v. Schleicher sein politisches Handwerk gelegt?

Werden endlich die SA. und die anderen sogenannten Wehrverbände von rechts und links aufgelöst werden?“

Wie schlimm muß es um Hitler und die SA. bestellt sein, wenn selbst ein Ludendorff, der gewiß kein Freund der Republik ist, die Auflösung der SA. und der Wehrverbände fordert? Wann wird endlich Groener „erwachen“? Oder muß erst die Bürgerkriegskatastrophe hereinbrechen?

Anträge auf Stundung der Hauszinssteuer. Anträge auf Stundung und spätere Niederlegung der Hauszinssteuer sind jetzt für das am 1. April beginnende Rechnungsjahr zu erneuern, natürlich nur dann, wenn die Gründe für die Stundung fortbestehen. Antragsberechtigt ist nur der Hauseigentümer. Die Mieter müssen ihre Anträge durch den Hauseigentümer an die zuständige Steuerkasse leiten.

## Die Kluft

Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

## XIV.

Joan hatte durch ihre ununterbrochene Arbeit keine Möglichkeit gehabt, ihr Äußeres in Ordnung zu halten. Ihr wollenes Kleid war zerdrückt und das schmutzige Gesichtchen welk vor Erschöpfung. Erst bei Helens kritizierendem Blicke sah sie an sich herunter.

„Himmel, was bin ich für ein Schmutzfrink! Entschuldigen Sie mich, Mrs. Dacre, ich muß sofort ins Bad schlüpfen.“

„Bitte!“ erwiderte Helen kühl. „Ich wollte ohnehin gehen. Mein Besuch bezweckte ja nur, Ihnen, Mary Maud, Anthonys Grüße auszurichten. Auf Wiedersehen!“

Es klingelte. „Noch ein Besuch für Sie! Ich muß, das Badezimmer erreichen, ehe man meiner ansichtig wird.“

Doch bevor Joan entschlüpfen konnte, öffnete sich die Tür. „Anthony! Wo kommen Sie her?“

„Geschuftet habe ich!“ klang es fröhlich zurück. Er sah noch verwahrloster aus als Joan. Lange Bartstopfen, Schmutz und Gelflecke brachte er mit. Mary Maud lachte.

„Jetzt weiß ich nicht, wem von euch ich den ersten Preis für Schmutz zuerteilen soll! Knobelt aus, wer zuerst badet.“

Eine Stunde später saßen alle drei im Wohnzimmer und taten sich glücklich an Geschwörtem. Dacre erzählte: „Ich sah noch nie etwas so Imponierendes wie die Bewegung im Norden. In York benötigt man keine Hilfe. Dort haben die Eisenbahner die Leitung übernommen, und da sie gewohnt sind, mit einem so komplizierten Gebilde wie dem Yorker Riesenbahnhof fertig zu werden, ist die Organisation der Stadt für sie ein Kinderspiel gewesen. Aber auch in den anderen großen Städten läuft alles wie am Schnürchen. Warum untersagt man übrigens einigen Gewerkschaften die Teilnahme am Streik, Joan?“

„Schonung der Streikkasse. Es ist sinnlos, Betriebe einzustellen, bei denen sich dies nicht auswirkt.“

„Dann hätte man doch wenigstens die Elektrizitätswerke stilllegen sollen. Das trifft die Bourgeois am schnellsten.“

„Dargehen Sie nicht, daß Sie selbst einer sind“, murmelte Mary Maud.

„Augenblicklich rechne ich mich zu den Streikenden“, lächelte Anthony Dacre und fuhr dann in seinem Bericht fort: „Nach den großen Städten und der Bergwerksregion dünkte es uns gut, uns auch über die kleineren Orte zu orientieren...“

„Uns? Wer ist uns?“ unterbrach Joan.

„Oh, erwähnte ich das noch nicht?.. Von Newcastle nahm ich außer einem Transportarbeiter auch Tom Openshaw mit.“

„Doch etwa nicht den Kommunisten Openshaw?“ rief Mary Maud entsetzt.

„Den selben. Er kennt Sie übrigens, Joan.“

„Ich ihn auch. Hat er Sie zum Kommunisten gemacht? Er gilt als gefährlicher Verführer.“

„Dazu weiß ich wohl zu wenig von der Arbeiterbewegung. Immerhin scheint mir seine Auffassung von der sogenannten Bedrohung der Konstitution der Logik nicht zu entbehren. Wenn eine Konstitution — sagte er — erlaubt, daß Bergleute unter Tage für zwei Pfund wöchentlich arbeiten, dann taugt sie nichts und ist wert, umgestoßen zu werden. Hat er nicht recht, Joan?“

„Es ist leicht, logisch zu sein, wenn man nicht für Millionen Menschen die Verantwortung trägt“, gab sie zur Antwort. „Erzählen Sie weiter. Herrscht in den kleinen Städtchen Einmütigkeit?“

„Absolute. Sogar in stillen Landstädten, die doch Jahrhunderte hindurch unter der Gewalt der großen Häuser gestanden haben. Hier kam ich auch mit Schaffnern, Dienstleuten, Kellnern und anderen Leuten in Berührung, von denen man bisher nur wußte, daß sie ein Trinkgeld zu bekommen haben. Jetzt auf einmal sah ich in ihnen — pardon, es klingt hochnasig! — Menschen, brave Menschen, die über das Leben besser Bescheid wissen als unsereins.“

Das Telefon klingelte. „Es war Royd“, berichtete Joan. „Er möchte, daß ich sofort zum Parlament komme. Haben Sie Lust, mitzugehen, oder fühlen Sie sich zu abgespannt, Anthony?“

„Gewiß begleite ich Sie. Je mehr ich mich umgucke, je mehr Neugierden ich auf der nächsten Fahrt erzählen kann, desto besser.“

Royds Freund, ein Abgeordneter der Arbeiterpartei, traf sie am Eingang, und da Joan erst in einer Stunde benötigt wurde, besorgte er den beiden Karten für die Mitgliedergalerie.

„Beinahe, als ob man auf Fische in dem Bassin eines Aquariums blickt!“ flüsterte Joan, als sie von ihren Plätzen in den Saal hinabspähten. „Ich glaube, es ist die Deckenbeleuchtung, die diesen Eindruck hervorruft.“

Das Haus war gefüllt. Joan fesselten vor allem die Köpfe der weiblichen Abgeordneten. „Ah, Lady Astor.“

Lady Astor beschränkte sich darauf, den Arbeiterabgeordneten in ziemlich grober Art zu sagen, daß sie die Alleinschuld an dem Tumult des Generalstreiks trügen, und ihre eigenen Partisanen gehörigen kurz eine Sammlung von Idioten zu nennen, weil sie die ganze Bewegung nicht im Keime erstickt hätten.

„Was braucht die Frau eigentlich einen Mund“, witzelte Dacre. „Sie spricht ja mit dem ganzen Körper!“

Nach Lady Astor erhob sich ein hervorragender Jurist, um haarfährig zu beweisen, daß der Generalstreik ungesetzlich sei.

„Dabei steht er unschuldig aus wie eine Eile!“ erbot sich Joan.

„Und merkwürdig weltfremd“, ergänzte ihr Gefährte. „Er hatte viel zu tun, sie während dieser Rede zu beschwichtigen.“

„Ist es nicht verrückt“, fragte Joan, als sie die Vorhänge aufsuchten, „daß er seinen Ruf benutzt, um der Ansicht seiner eigenen Klasse das Prestige des Gesetzes zu geben?“

William Royd, der zu ihnen getreten war und die Frage ebenfalls hörte, lächelte über den kleinen Hühnerkopf. „Was liegt an juristischen Gutachten? Wenn unsere Leute festbleiben — nun, sie können doch nicht drei Millionen Menschen ins Gefängnis stecken!“

„Aber den Generalrat verhaften.“

„Dann werden eben andere an die Stelle der Verhafteten treten. Und sollte man die Gewerkschaftskassen konfiszieren, mein Gott, so wird's, da wir ohnehin nicht genug haben, um volle Streikgelder zu bezahlen, auch nicht allzuviel Schaden.“

„Trotz alledem, es ist verrückt!“

Royd legte seine Hand auf das Mädchens Schulter. „Bewahren Sie sich diese Entrüstung, mein Kind, und machen Sie Gebrauch davon, wenn Sie Abgeordnete sind.“

Anthony Dacre fragte überrascht: „Denkt Joan an einen Sitz im Parlament?“

„Wissen Sie noch nicht die große Neuigkeit?“ William Royd schaute den Fragesteller fast verdutzt an.

„Es ist meine Schuld“, warf Joan ziemlich schüchtern ein. „Ich vergaß in dem Trubel ganz, es zu erzählen. Die Arbeiterpartei von Shireport machte mich bei der nächsten Wahl als Kandidatin aufstellen.“

„Aber sie hat doch bereits einen Abgeordneten.“

„Freilich, doch will er wegen seines Alters nicht mehr kandidieren. Möglicherweise legt er sein Mandat schon vorher nieder.“

„Fünftausend Stimmen Majorität das letztemal“, schaltete Royd ein.

„Ich gratuliere, Joan.“ Dacre schüttelte ihr herzlich die Hand. Dann führte Royd sie zu einer Konferenz und Anthony blieb sich allein überlassen. Er eilte schnurstracks zum Hauptquartier und erbot sich zu sofortigem neuen Dienst. Mit dringenden Instruktionen für das Kohlenrevier von Durham fuhr er um acht Uhr der schottischen Grenze entgegen, ohne Joan noch einmal gesehen zu haben.

In zwei kleinen, ungewohnmäßigen Häusern am Eccleston Square war eine Organisation aufgebaut worden, die das Innenministerium mit allen seinen Hilfsquellen verblüfft haben würde. Zu jeder Tages- und Nachtstunde schwärmten aus allen Gegenden des Landes Boten, Deputationen, Meldefahrer in die engen Korridore des Hauptquartiers. Immer neue Fragen galten es zu beantworten: Durfte das Personal der Kraftstationen sich dem Streik anschließen oder nicht? Warum wurden die Techniker gegen ihren Willen zurückgehalten? Wie lauteten die Bestimmungen über Streikgelder, über Passierscheine? Konnte eine Ladung Kaninchenfelle als Lebensmittel erklärt werden, wenn die Kaninchen, auf denen sie geessen hatten, den Familien der Streikenden zufielen?.. George Blackburn nebst Berni Gane mühten sich mit vereinten Kräften, allen Anliegen gerecht zu werden, härten nach Möglichkeit zu vermeiden, hier zu glätten, dort zu schlachten, und auch Joan wurde bisweilen zu beider Unterstützung von ihrer eigentlichen Aufgabe abgerufen.

„Warum kann man sie nicht bis zum letzten Mann zum Streik aufrufen und Schluß machen?“ grüßte das junge Mädchen, worauf der unbeirrbar Blackburn seine Brille zurechtstreckte und mit einem kleinen Grinsen antwortete: „Warum kann man nicht eine Revolution anfangen und Schluß machen?... Sie würde leichter zu organisieren sein als dieser Drahtleitfanz!“